

KOMMUNAL.

WIR GESTALTEN DEUTSCHLAND

LEITARTIKEL

Es gibt Grund zum
Optimismus

Seite 06

RECHT AKTUELL

Kommunen in der
Konnexitätsfalle

Seite 30

RETTUNG IN SICHT

So meistern Kommunen 2023
die Herausforderungen.

Seite 10



EUR 9,90



ISSN 2510-120X



NRW.BANK

20 JAHRE
FÖRDERUNG
FÜR NRW

„Wir lernen jetzt für die digitale Zukunft. Und das soll Schule machen.“

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Ermöglicht durch: die NRW.BANK – Förderbank für Nordrhein-Westfalen.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen



NRW.BANK

Wir fördern Ideen

FOTO/Benjamin Westhoff


EDITORIAL

DIGITALISIERUNG VORANTREIBEN!

Deutschland droht eine anhaltende Personalnot, die auch die Kommunen, die immer mehr und bessere Leistungen für die Menschen erbringen sollen, hart trifft. Bis 2035 verliert Deutschland durch den demografischen Wandel 7 Millionen Arbeitskräfte und damit ein Siebtel des heutigen Arbeitsmarktes. Im öffentlichen Dienst der Kommunen scheidet in den nächsten zehn Jahren 573.890 Beschäftigte aus, das entspricht etwa 30 Prozent des Personals.

Wir müssen gegensteuern, mit einem attraktiven öffentlichen Dienst, einer Erhöhung der Erwerbsquote, konsequenter Qualifizierung von Erwerbslosen und der Zuwanderung von Fachkräften. Auch eine längere Arbeitszeit und eine größere Vielfalt bei Arbeitszeitmodellen können einen Beitrag leisten.

Viele Massengeschäfte, An- und Abmeldungen von Personen, Anwohnerparkausweise, Sondernutzungsgenehmigungen könnten weitgehend komplett digital und per KI abgebildet werden – nach dem Motto: Nicht die Bürgerinnen und Bürger, sondern die Daten müssen laufen. Der Grundgedanke „Heute bestellt, morgen geliefert“ muss auch in der Verwaltungspraxis Einzug halten. Notwendig ist dafür die Etablierung einer digitalen Identität für alle.

Die Verwaltung der Zukunft muss mit den Beschäftigten zusammen entwickelt und nach vorn gebracht werden. An Aufgaben wird es den Kommunen auch in 10 oder 20 Jahren nicht mangeln, aber heute müssen wir endlich die Weichen dafür stellen, dass die Beschäftigten auch die Zeit haben, um Bürgeranliegen jenseits der Massengeschäfte zu bearbeiten. 



Dr. Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes



Liebe Leserin,
lieber Leser,



das Jahr 2023 hält für Sie und alle Kommunen erneut große Herausforderungen bereit, für deren Bewältigung ich Ihnen eine gute Hand und die notwendige Unterstützung wünsche.

Die Energiekrise wird wie auch die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge alle weiter stark beschäftigen. Unser Reporter Benjamin Lassiwe hat für Sie recherchiert, welche Chancen sich durch ukrainische Flüchtlinge für den deutschen Arbeitsmarkt ergeben – und wie Kommunen profitieren können. Im Wettlauf gegen den sich zuspitzenden Fachkräftemangel sieht Zukunftsforscher Daniel Dettling den Doppelpass als wichtiges Instrument an. In seiner neuen Kolumne zeigt er auf, wie Migration Wohlstand schaffen und sichern kann. Trotz der vielen Herausforderungen 2023, die niemand klein reden will, haben wir unser Titelthema bewusst positiv gewählt: Es gibt viele rettende Ideen – und sehr viele dieser Ideen kommen aus den Kommunen selbst. Chefredakteur Christian Erhardt ruft das Jahr 2023 gar zum Jahr des Optimismus aus. Denn, wie er in seinem Leitartikel schreibt: Angst lähmt, macht krank und ständiges Warnen stumpft ab. Bleiben Sie positiv!

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

MICHAEL ZIMPER
Geschäftsführer Zimmer Media GmbH

/10
Expertentipps
Herausforderungen im Jahr 2023

/26
Gemeinderat
So gewinnen Sie junge Menschen

/38
Klimaschutz
So gelingt die Energiewende

/54
Pattsituation
Wenn das Los die Wahl entscheidet

FOTOS: / Adobe Stock, Energiequelle GmbH

POLITIK & RECHT

Leitartikel ⁰⁶
Grund zur Hoffnung

Flüchtlinge ¹⁶
So gelingt die Integration

Zukunftsforscher ¹⁹
Mehr Deutsche für Deutschland

Wohnungslosigkeit ²²
Was Kommunen tun können

Forsa Aktuell ³³
Politikverdrossenheit wächst

ARBEITEN & GESTALTEN

Ladesäulen ⁴⁴
Dorf der E-Mobilität

Energiekrise ⁴⁸
Sportvereine rufen um Hilfe

Landleben ⁵²
„Für Dich-Mobil“

LAND & LEUTE

Porträt ⁵⁸
Bürgermeister von Wacken

Aktion ⁶⁰
Bürgermeister zu mieten

Zu guter Letzt ⁶⁶
Image verbessern

IMPRESSUM

Medieninhaber: Zimmer Media GmbH
Reinhardtstraße 31, 10117 Berlin
Mitherausgeber: Gerd Landsberg mit Unterstützung der DStGB-Dienstleistungs-GmbH, Franz-Reinhard Habel
Geschäftsleitung: Mag. Michael Zimmer

Chefredaktion (v.i.S.d.P.):
Christian Erhardt-Maciejewski

Redaktion: Gudrun Mallwitz, Benjamin Lassiwe, Rebecca Piron

Autoren dieser Ausgabe:
Ilona Benz, Daniel Dettling, Manfred Güllner, Oliver Junk, Annette Lübbers, Gerd Landsberg, Tobias Schröter, Dorothea Walchshäusl, Thomas Weikert, Matthias Wiener

Gestaltung: Melina Werner
Lektorat: Klaus Schuster

Redaktionsadresse:
KOMMUNAL, Reinhardtstraße 31,
10117 Berlin, Telefon: 030/8145 012600

Anzeigen:
Gunnar Lindner (Leitung)
gunnar.lindner@kommunal.de
Manuela Czapka, manuela.czapka@kommunal.de
Tillmann Rittsche, tillmann.ritttsche@kommunal.de
Merve Sekmen, merve.sekmen@kommunal.de
Stephan Zick, stephan.zick@kommunal.de

Auflage: 0 101.200 Exemplare
Heftpreis: Einzelheft € 9,90,
Jahres-Abonnement € 49,90 (inkl. Versand)
Druck: Möller Pro Media GmbH,
Zeppelinstraße 6, 16356 Ahrensfelde

Gender-Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die Verwendung geschlechtspezifischer Sprachformen verzichtet. Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung sämtliche Geschlechteridentitäten.

Gastbeiträge und Kommentare fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken. Die Redaktion hält sich vor, Einsendungen redaktionell zu bearbeiten und zu kürzen.

Sonderveröffentlichungen sind Beiträge, die auf Unternehmensinformationen basieren und vom Unternehmen bezahlt werden. Sie sind gekennzeichnet und erscheinen außerhalb der redaktionellen Verantwortung von KOMMUNAL.

Für unverlangt eingesandte Magazine, Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Gerichtsstand und Erfüllungsort Berlin, Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg Handelsregister-Nummer: HRB 158797 B Bankverbindung: Berliner Sparkasse, IBAN: DE80 100500 00 1903 10286 BIC: BELA2333

DER BESTE WEG ZU KOMMUNAL ...

... für Leser, die Fragen zur Verteilung oder zum Abonnement haben:
leserservice@kommunal.de
www.kommunal.de/leserservice

... für Leser, die Artikel kommentieren oder Informationen einsenden wollen:
redaktion@kommunal.de

... für alle, die sich für unsere Media-Daten interessieren:
office@kommunal.de
www.kommunal.de/unternehmen

LEITARTIKEL

SCHLUSS MIT PESSIMISMUS – ES GIBT GRUND ZUR HOFFNUNG



Inflation, Rezession, unbezahlbarer Wohnraum: Die Angst der Deutschen steigt. Doch Angst lähmt, macht krank und ständiges Warnen stumpft ab. „Die eigentliche Gefahr ist, dass die Folgen der Warnung schlimmer sind, als der Schaden, vor dem wir warnen“, meint Christian Erhardt und ruft 2023 zum „Jahr des Optimismus“ aus.

Aut Mythos wurde der Überbringer schlechter Nachrichten in der Antike hart bestraft. Heute erleben wir das krasse Gegenteil. Wer in der Politik immer wieder vor dem Schlimmsten warnt, gilt als weitsichtig. Überbringer schlechter Nachrichten werden nicht zur Rechenschaft gezogen. Denn wenn es doch nicht so schlimm wird, atmen alle auf, die Horrorszenarien des Warners sind vergessen. Spätestens in der Corona-Krise haben wir gelernt: Wer auf Realismus oder gar das Gute setzt, landet schnell in der Ecke der Unseriösen oder gar der Querdenker. Trifft die schlechte Prognose hingegen ein, ist derjenige, der nicht genug gewarnt hat, der „Leichtsinnige“, der unverantwortlich gehandelt hat.

Das ist wohl der Grund, warum die Politik der letzten Jahre zunehmend wirkt, als würde ein Panik-Orchester pausenlos das immer gleiche Lied spielen. Oft auch das „Lied von der totalen Entsagung“. Keine noch so martialische Metapher scheint zu monströs, um die Schrecken des Winters namens Blackout, Energiekrieg, Wohlstandsverlust und Corona-Winterwelle zu beschreiben. Keine Frage: Wer Übergewicht hat, hat ein größeres Risiko für

diverse Krankheiten. Ich meine jedoch, man darf bestimmte Lebensrisiken auch mal genießen, wenn man denn wenigstens was davon hat. Das Leben endet ohnehin fast immer tödlich.

Das ständige Warnen der Politik hat zu einem Abstumpfungsprozess geführt, der gefährlich ist. Denn das Warnen führt zu einer sich selbst erfüllenden Eigendynamik. Wir laufen Gefahr, dass die Folgen der Warnung schlimmer sind als der Schaden, vor dem gewarnt wurde. Am Beispiel der Inflation lässt sich das gut aufzeigen. Die Inflation rollt, weil alle Angst vor steigenden Preisen haben. Die Baufirmen erhöhen aus Angst vor höheren Kosten vorsorglich ihre Preise, Wohnraum wird dadurch noch teurer. Es folgen Tarifforderungen, damit die Arbeitnehmer die steigenden Preise bezahlen können. Nur kurbelt das die Inflation noch weiter an. Menschen passen ihr Verhalten eben den Umständen und den Erwartungen an.

Das war nicht immer so. In der Bankenkrise etwa hat Kanzlerin Merkel nicht gesagt: „Die Situation wird ganz furchtbar, wir werden alle verarmen.“ Nein, die damalige Regierung hat sich im Kanzleramt hingestellt und behauptet: „Ihr Geld

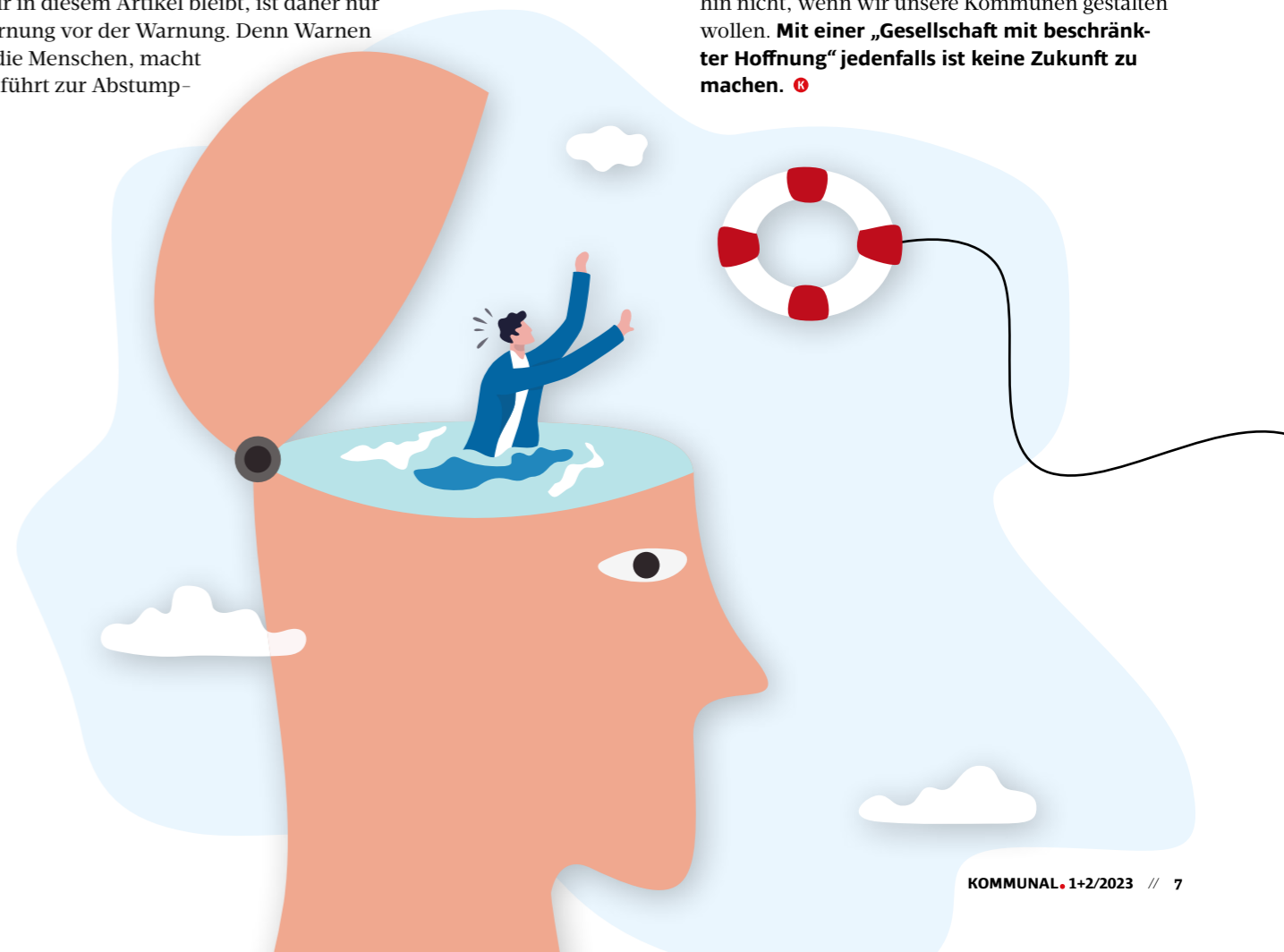
ist sicher. Das garantieren wir Ihnen.“ Das war überspitzt gesagt eine Lüge. Dieser Zweckoptimismus hat aber dazu geführt, dass wir eben nicht in die Banken gerannt sind und unser Geld abgehoben haben. Genau das hätte nämlich unweigerlich zu Bankenpleiten geführt. Durch eine Lüge von der sicheren Geldeinlage wurde das Geld, das der Staat uns nicht mehr wirklich garantieren konnte, gesichert. Ein schönes Beispiel, das zeigt, dass es sich manchmal lohnt, seine Denkmuster zu ändern.

Im Jahr 2023 muss daher endlich Schluss sein mit dem täglichen Weltuntergang-Szenario. Wenn wir dauerhaft vor den Folgen des Klimawandels gewarnt werden, gibt es keine Hoffnung, die Probleme je bewältigen zu können. Die Folge ist Resignation, es fehlt jeder Antrieb, die Herausforderungen zu meistern. Die ewigen Warner spielen ein gefährliches Spiel. Und oft geht es den Warnern – siehe Corona – auch nicht wirklich um Sicherheit, sondern darum, das eigene Narrativ zu retten.

Was mir in diesem Artikel bleibt, ist daher nur die Warnung vor der Warnung. Denn Warnen lähmt die Menschen, macht krank, führt zur Abstump-

fung. Irgendwann ist dann die Bereitschaft zum Maske tragen vor lauter Warnung dahin. Niemand nimmt die Dauerwarnung noch wahr oder gar ernst.

Als Gestalter vor Ort sollten wir nicht auf einen Preis dafür hoffen, dass wir rechtzeitig gewarnt haben. Sondern auf einen Preis, Optimismus verbreitet zu haben. Ja ich weiß, einen Orden gibt es in der Kommunalpolitik (leider) fast nie zu gewinnen. Aber machen Sie mal folgendes Experiment rund um Ihre Haushaltsberatungen zum neuen Jahr. Nehmen Sie sich den Haushalt des Vorjahres und schreiben Sie auf ein Blatt Papier alle Projekte, die in Ihrer Gemeinde im vergangenen Jahr angestoßen wurden. Von der Brückensanierung über die neuen Kita-Plätze bis zur Neuansiedlung eines Geschäfts: Sie werden feststellen, die Liste wird weit länger, als Sie selbst geglaubt haben. Und wenn Sie dann immer noch Zweifel haben, denken Sie an meine These zur Bankenrettung und zur selbsterfüllenden Eigendynamik. Eine Alternative zum Optimismus haben wir ohnehin nicht, wenn wir unsere Kommunen gestalten wollen. **Mit einer „Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung“ jedenfalls ist keine Zukunft zu machen.** 



FOTO/Adobe Stock



Streit um Wochenmärkte

Viele Städte und Gemeinden haben die Wochenmärkte in private Hände gelegt. Doch was ist, wenn sie doch wieder lieber selbst den Markt betreiben wollen? Dürfen sie sich in dem Bereich überhaupt wirtschaftlich betätigen? Zwischenzeitlich hatte die Stadt Velbert in Nordrhein-Westfalen es einer privaten Veranstalterin überlassen, die Wochenmärkte durchzuführen. Seit April betreibt die Stadt die Märkte wieder selbst. Dagegen zog die Unternehmerin vor Gericht. In einem Eilverfahren blieb sie erfolglos. Der 4. Senat des Oberverwaltungsgerichts Münster hat eine Entscheidung zugunsten der Kommune gefällt.

Die Begründung finden Sie hier



Treffpunkt für Fans
facebook.com/kommunal.magazin

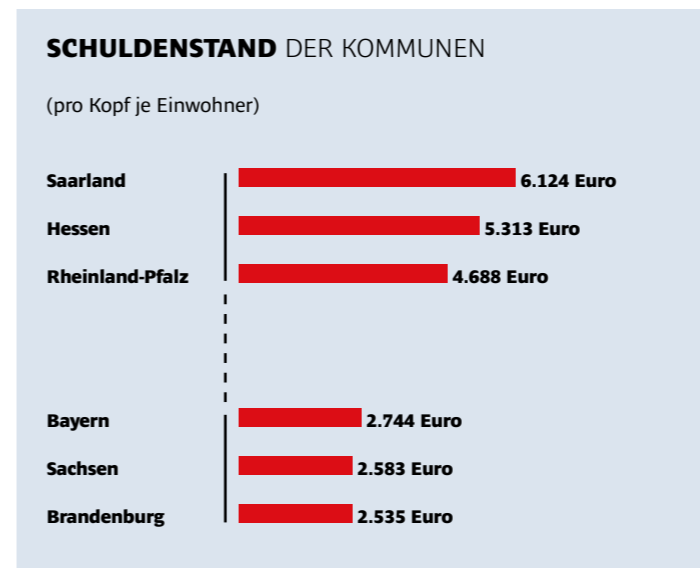
E-Mail an die Redaktion
redaktion@kommunal.de

Abo und mehr
kommunal.de/leserservice

Newsletter bestellen
kommunal.de/newsletter/kommunal

News zu jeder Zeit
www.kommunal.de

Tägliche Updates
instagram.com/kommunalde



QUELLE: Statistisches Bundesamt Destatis/2022

Mit knapp 300 Milliarden Euro verschuldet

Die Kommunen waren zum Jahresende 2021 nach einer Modellrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit 299,7 Milliarden Euro verschuldet. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 3.895 Euro. Dabei werden neben den Schulden der Kernhaushalte die Schulden der Extrahaushalte, sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen bis in tiefe Beteiligungsstufen berücksichtigt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, stiegen diese integrierten kommunalen Schulden gegenüber Anfang 2021 um 4,1 Prozent. Getrieben wurde der Anstieg durch Beteiligungen an öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, deren Schulden um 7,8 Prozent wuchsen.



Mehr Wölfe in Deutschland

Die Zahl der Wolfsrudel ist bundesweit auf 161 gestiegen. Das sind drei Rudel mehr. Dies teilten das Bundesamt für Naturschutz und die Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf mit. Neben den 161 Rudeln sind zudem 43 Wolfspaare sowie 21 sesshafte Einzelwölfe erfasst. Die meisten Wolfsrudel gibt es in Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen. In Deutschland leben 1175 Wölfe. Die Daten, die das Bundesamt für Naturschutz veröffentlicht, erheben die Bundesländer für je ein Monitoringjahr vom 1. Mai bis zum 30. April. Der Zeitraum deckt sich mit einem biologischen „Wolfsjahr“ von der Geburt der Welpen bis zum Ende des ersten Lebensjahres.

FOTO/Adobe Stock

Tipps zum Baulandmodell

Städte und Gemeinden sollten bei der Baulandentwicklung strategisch vorgehen. Experten empfehlen ein Baulandmodell, das Kommunen in sieben Schritten anpeilen könnten. Eine Sonderveröffentlichung im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung enthält Tipps verschiedener Experten.

Mehr Informationen finden Sie dazu in unserem Artikel hier



REPORT

Strategien gegen
Wohnungslosigkeit
Seite 22

FORSA AKTUELL

Entfremdung zwischen
Bürgern und Politik
Seite 33



AUSBLICK 2023

RETTENDE IDEEN

Von der Energiekrise bis zur Belebung der Innenstädte – Deutschlands Kommunen stehen im Jahr 2023 vor großen Herausforderungen. Christian Erhardt und Gudrun Mallwitz haben dazu Tipps der Experten für Sie zusammengestellt.

Energiekrise

1

Schnelle Einspartipps verpuffen in ihrer Wirkung oft. Gerade in kommunalen Gebäuden wie Krankenhäusern, Schulen und Seniorenheimen lässt sich nur sehr bedingt Energie sparen. 1.300 Klimaschutzmanager in den Städten und Gemeinden gehen hingegen systematisch die Energiefresser an. Aktionen wie „Wer hat den ältesten Kühlschrank?“ können die Bevölkerung aktivieren, sich mit dem Thema Stromverbrauch auseinanderzusetzen. Die kostengünstige E-Ladestation am Busbahnhof kann zum Umsteigen animieren. Bis zu 80 Prozent Energie kann durch den Einbau von LED-Lampen etwa bei Straßenlaternen gespart werden. Viele Rathäuser setzen auf Home-Office, sparen so Energie. Größter Hebel beim Energiesparen sind derweil die kommunalen Stadtwerke. Sie sind als Dienstleister gut vernetzt, haben engen Kontakt zu Menschen und Gewerbe und sind meist glaubwürdig und beliebt. Transparenz und Information funktionieren über sie am besten.

3

Fachkräftemangel

Die Babyboomer gehen in Scharen in Rente – und das hat gravierende Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst. Die Stadtverwaltungen und städtischen Unternehmen stehen vor einem Generationenwechsel. Es fehlen vor allem Pflegekräfte und Kinderbetreuer. Experten schlagen vor, die Lücke durch ein Maßnahmenbündel zu verringern. Dazu gehört ein flexiblerer Renten- und Pensionseintritt. Quereinsteigern sollte der Einstieg in den öffentlichen Dienst erleichtert werden. Ruheständler könnten zurückgeholt werden. Bei der Bewerbersuche kann Kreativität helfen: Das bestätigen Erfolge von Kommunen und Unternehmen wie der Stadt Bonn oder des Stadtwerks am See in Überlingen und Friedrichshafen. Die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung ermöglicht es, Personal anders einzusetzen. Die geregelte Einwanderung von Fach- und Arbeitskräften gilt als Ausweg.

2

Finanzen

Für das Jahr 2023 können Kommunen inflationsbedingt höhere Steuereinnahmen erwarten, doch die Inflation schlägt auch für sie zu. Gleichzeitig wachsen die Ausgaben weiter: Die Energiekosten belasten die Kommunen, die Zinsen für Kredite steigen. Auch die Baukosten werden weiter nach oben klettern. Nachverdichtung und zusätzliche Bauflächen sind die häufigsten Tipps der Experten dazu. Der Bund der Steuerzahler empfiehlt zudem Bürger-Sparhaushalte und einen Entwicklungsplan für jede Kommune, in dem messbare Finanzziele vereinbart werden. Mobile Bürgerbüros können Kosten sparen, weil Leistungen nicht mehr starr an einer oder gar mehreren Standorten angeboten werden müssen. In der Personalpolitik empfehlen Experten „mehr Klasse statt Masse“. Die Anzahl der Wahlbeamten auf Zeit sollte möglichst gering gehalten werden, die Spezialisierung der Mitarbeiter ist wichtig. Die allgemeine Verwendbarkeit von Verwaltungsmitarbeitern ist eine Idee aus der Mottenkiste.

4

Innenstädte

Deutschlands Innenstädte wandeln sich. Die Experten raten zu einem Mix aus Läden, Handwerk, Kunst, Kultur, Gesundheitsangeboten und sozialen Treffpunkten neben der Gastronomie. Sitzgelegenheiten auf Plätzen und kleine Parks und Rasenflächen ohne Konsumzwang sind wichtig. Zur Klimaanpassung muss ohnehin viel mehr Grün in die Zentren. Gebäude sollen multifunktional genutzt werden können, morgens etwa anders als abends. Statt dass die Menschen in ein leeres Schaufenster schauen, kann ein Pop-up-Geschäft zu günstigen Konditionen einziehen. Städte könnten Häuser kaufen wie Hanau. Kommunen sollten den Kontakt zu den Immobilienbesitzern suchen. Autofrei oder nicht? Diese Frage spaltet die Städte. Genügend Parkmöglichkeiten in der Nähe des Zentrums bewähren sich auf jeden Fall, ebenso ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr.

6

Wohnen

Hohe Baupreise, fehlendes Personal und Klimaschutzauflagen machen Bauen teuer. Doch das Bauland ist da, das Geld auch. Bis zum Jahr 2026 stehen vom Bund 14,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Vergaben nach Konzept statt nach Höchstpreis können die Verkaufspreise ebenso senken wie Kreativität beim Aufstocken von Gebäuden und der Ausbau von Dachgeschossen und Kellern, der Überbau von Discountern und die Umwidmung von Büroflächen, die durch immer mehr Home-Office Angebote leer stehen. Stadtplanung neu denken ist die Aufgabe. Dazu gehört auch die Bebauung von Innenhöfen und die Nutzung der Möglichkeiten der Bauleitplanung, um die Wohnbauentwicklung in der Kommune zu steuern. Kommunale und regionale Bodenfonds sind hilfreich – damit hat etwa Mannheim gute Erfahrungen gemacht.

5

Politikverdrossenheit

Wer sich nicht gehört oder respektiert fühlt, wendet sich ab. Ein gigantischer Nährboden für Radikale entsteht. Populistische Auswüchse einer Gesellschaft lassen sich aber nicht eindämmen, indem offene Diskussionen unterdrückt oder ins Reich der „Querdenker“ verdrängt werden. Die Angst vor dem Shitstorm darf die Kommunalpolitik nicht umtreiben und „stromlinienförmig“ werden lassen. Umfragen zeigen eine Vertrauenskrise in Politiker von bisher unbekanntem Ausmaß. Die Folge ist Resignation vieler Bürger, auch wenn Massenproteste nicht zu erwarten sind. Die Analysen zeigen, dass Kommunen, die den Bürgerwillen nicht in ausreichendem Maße vor Ort berücksichtigen, das bei Kommunalwahlen in Form großer Wahlverweigerung zu spüren bekommen. Bürgerräte sind hier eine Möglichkeit, gegenzusteuern. Sie sind auch ein gutes Mittel, um lautstarken Minderheiten nicht die Deutungshoheit über Themen zu überlassen. Sonst setzen sich Partikularinteressen statt der Bürgerwille durch.

Flüchtlinge

7

Die Kommunen benötigen Anlaufstellen für Flüchtlinge und dort im ersten Schritt oft Ärzte und Psychologen. Viele Menschen brauchen bei Ankunft Medikamente, etwa Insulin. Gleich am Eingang einer Anlaufstelle braucht es Dolmetscher. Kleine Begrüßungspakete erleichtern die Integration, etwa der Gutschein für den Zoo oder den Besuch im Schwimmbad. Gerade bei Flüchtlingen aus der Ukraine gibt es häufig Bekannte, Freunde oder Verwandte in der Region, bei denen Menschen unterkommen können. Sammelunterkünfte sind die Notlösung, besser sind Wohnungen oder Mehrfamilienhäuser, wo direkt ein Kontakt zur Nachbarschaft hergestellt werden kann. Kindergarten- und Schulplätze sind Dreh- und Angelpunkt für die Integration. Muttersprachliche Ehrenamtler sind eine große Hilfe für die Kommunen. Gezielte Aufrufe, solche Menschen zu finden, können helfen.

Digitalisierung

8

Das Onlinezugangsgesetz steht ganz oben auf der Agenda. Kommunen beklagen fehlendes Personal und fordern mehr finanzielle Unterstützung. Die Tipps der Experten: Vernetzt Euch – vom losen Zusammenschluss bis hin zur interkommunalen Zusammenarbeit in einer neuen Rechtsform, bestimmt einen Digital Manger – und schult die Mitarbeiter. Um Hackerangriffen möglichst vorzubeugen, Antiviren-Programme stets aktualisieren und Mitarbeiter warnen. IT-Systeme auch über die Feiertage nicht gänzlich unbeaufsichtigt lassen. Schulen Sie Ihre Mitarbeiter im Umgang mit Phishing-Mails. „Werde ich persönlich angesprochen, wer ist der Absender, fragt der Absender persönliche Daten ab“, sind die wichtigsten Kriterien. E-Government-Lösungen brauchen zudem nicht immer eine große Bandbreite. Die meisten Services der Kommunen können auch ohne schnelle Glasfaserverbindungen genutzt werden.

Ärztliche Versorgung

9

Bis 2035 werden altersbedingt fast 30.000 Hausärzte ausscheiden. Fast 40 Prozent der Landkreise werden dann unterversorgt sein oder es droht eine Unterversorgung. Eine Herausforderung sind der Erhalt und die Finanzierung der Krankenhäuser in den Regionen. Junge Mediziner wünschen sich flexiblere Arbeitszeiten, für sie können regionale Versorgungszentren attraktiv sein. Neue Medizinstudium-Plätze sind nötig. Kommunen können bei der Vermittlung von Wohnungen helfen und Zuschüsse für den Neustart geben. Der Hochsauerlandkreis bietet angehenden Ärzten während ihres Studiums 500 Euro monatliche Hilfe während ihres Studiums an, wenn sie sich im Gegenzug verpflichten, sich anschließend im Landkreis niederzulassen. Das Regionalmanagement Freyung-Gräfenau setzt auf innovative Anreize, um junge Ärzte in die Region zu holen.

WÄRMEWENDE? MIT WASSERSTOFF!

Als Alternative zu Erdgas spielt Wasserstoff eine Schlüsselrolle für die Energiewende. Im Bereich Wärme kann er den CO₂-Ausstoß schnell und ohne größere Investitionen senken. Thüga unterstützt Energieversorger bei der Erschließung des neuen Geschäftsfelds Wasserstoff.

Das absehbare Aus für fossile Energieträger stellt Stadtwerke und ihre Kommunen vor eine Herkulesaufgabe. Als kommunale Stimme der Energiewirtschaft fordert der Stadtwerkeverbund Thüga: Wasserstoff muss zur Dekarbonisierung in allen Sektoren eingesetzt werden. Anwendungs- und technologieoffen!

Für den Gebäudesektor bedeutet das, **die vorhandene Gas-Infrastruktur zu nutzen und durch die Beimischung von erneuerbaren Gasen die Dekarbonisierung einzuleiten**. Im nächsten Schritt können die Verteilnetze für 100 Prozent erneuerbare Gase ertüchtigt werden. Nur so lassen sich die Klimaziele 2045 erreichen. Und das im Bereich Wärme schnell, ohne umfassende Investitionen und damit sozialverträglich.

Lokale Wärmewende? Gelingt nur mit Stadtwerken oder Regionalversorgern in der



Schlüsselposition. Um auch in Zukunft für Versorgungssicherheit und Verlässlichkeit zu stehen, brauchen Energieversorger maßgeschneiderte Lösungen mit Wasserstoff. Bei deren Entwicklung steht Thüga Stadtwerken mit kompetenter Beratung, umfassender Expertise und Serviceleistungen zur Seite.

H2-Beimischung real

Innovative Umsetzungsprojekte: In Heide untersuchen Thüga und Partner einen H2-Anteil von bis zu 20 Prozent im Bestandsnetz - als Teilprojekt innerhalb des Reallabors WESTKÜSTE100. Bei „H2Direkt“ sollen Haushalte mit 100 Prozent H2 im Bestandsnetz versorgt werden.

Größtes kommunales Netzwerk nutzen: In regelmäßigen Austauschformaten informiert Thüga über aktuelle Entwicklungen in der Wasserstoff-Wirtschaft und bietet Raum für Best-Practice-Beispiele aus der Gruppe. Darüber hinaus vertritt Thüga kommunale Positionen in Berlin und Brüssel. Sie stellt klar, welche

regulatorischen und energiepolitischen Maßnahmen nötig sind, um die Energiewende voranzutreiben und dabei kommunale Strukturen zu stärken.



Unsere Wasserstoff-Initiative.
Interessiert? Sprechen Sie mit uns.

089 38197-0
wasserstoff@thuega.de
thuega.de

„Für eine erfolgreiche Wärmewende müssen wir energiepolitische Scheuklappen ablegen und sämtliche technologische Register ziehen.“

Michael Riechel, Vorsitzender des Vorstandes der Thüga

UKRAINE-FLÜCHTLINGE

FIT FÜR DEN DEUTSCHEN ARBEITSMARKT

Der von der Bundesagentur für Arbeit herausgegebene Arbeitsmarktbericht sieht angesichts des Fachkräftemangels große Chancen in den ukrainischen Geflüchteten. Unsere Beispiele aus den Kommunen!

Von BENJAMIN LASSIWE

Natalya Strokan hat es geschafft. Im März war die Hochschuldozentin für Deutsch aus Kiew nach Deutschland geflüchtet. Heute arbeitet sie am Cottbuser Carl-Thiem-Klinikum, dem größten und wichtigsten Krankenhaus im Süden des Landes Brandenburg. Ihre Aufgabe dort: Auszubildende verschiedener Herkunftsländer und Berufsgruppen sprachlich fit zu machen für den deutschen Arbeitsmarkt.

Denn in kaum einer Branche ist der Fachkräftemangel in Deutschland derzeit so groß, wie in der Pflege. Am kommunalen Carl-Thiem-Klinikum absolvieren Männer und Frauen aus Vietnam ihre Ausbildung zur Pflegefachkraft, und 15 Brasilianer und Brasilianerinnen werden für den Einsatz auf der Intensivmedizin des CTK fit gemacht. „Frau Strokan bereitet sie auf ihre Sprachprüfung zum Erreichen der für den Einsatz im medizinischen Bereich notwendigen Sprachqualifikation B2 vor“, sagt Personaldirektor Christoph Sander. „Insofern ist sie ein absoluter Glücksgriff für uns.“ Zudem ist Natalya Strokan gemeinsam mit dem Recruiting-Team der Klinik Ansprechpartnerin für ukrainische Jobsuchende. Durchgeführt werden soll etwa ein monatliches Sprechcafé, in dem sie ukrainische Geflüchtete zusammenführt, die eine berufliche Perspektive im medizinischen Bereich suchen. „Bislang konnten wir außer Frau Strokan

» Die Arbeitsstelle am Klinikum war eine Herausforderung für mich.«

Natalya Strokan
aus der Ukraine



leider noch keinem geflüchteten Menschen aus der Ukraine ein Jobangebot unterbreiten“, sagt Sander. Meist fehle die berufliche Anerkennung – die Klinik sei aber dabei, die nötigen Verfahren beim Landesamt für Soziales zu begleiten. Die oft noch größere Hürde sei aber die sprachliche Qualifikation. „Denn für nahezu alle Jobs am Patienten ist das Sprachlevel B2 Voraussetzung“, sagt Sander. „Die Arbeitsstelle am CTK war eine neue Erfahrung und eine Herausforderung für mich, besonders anfangs“, sagt die Ukrainerin Natalya Strokan. „Aber dank der Hilfsbereitschaft der Kollegen fühle ich mich gut aufgehoben.“

Ab Oktober 2023 plant das Cottbuser Carl-Thiem-Klinikum eine bilinguale Ausbildung zur Pflegefachkraft speziell für ukrainische Geflüchtete. Ähnliches passiert an anderen Pflege- und Hebammenschulen. Es ist ein Beispiel dafür, dass die geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer für die unter Fachkräftemangel ächzende Bundesrepublik zum Segen werden könnten: Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) macht jedenfalls deutlich, dass das Qualifikationsniveau der Bevölkerung der Ukraine aufgrund des dortigen Bildungssystems recht hoch sei. Von den vor Beginn des russischen Angriffs auf das Land nach Deutschland gekommenen Ukrainerinnen und Ukrainern verfügten 73 Prozent über gute oder sehr gute Deutschkenntnisse.

Vor ihrem Zuzug galt das nur für neun Prozent. „Ähnlich wie bei anderen Migrantinnen und Migranten ist das Niveau der Deutschsprachkenntnisse in der Vergangenheit mit der Aufenthaltsdauer recht schnell angestiegen“, heißt es in der Studie.

Auch der von der Bundesagentur für Arbeit herausgegebene Arbeitsmarktbericht für November sieht große Chancen in den ukrainischen Geflüchteten. Im November waren 457.000 erwerbsfähige Ukrainer und Ukrainerinnen in Jobcentern und Arbeitsagenturen gemeldet. Anders als die Staatsangehörigen anderer Länder haben sie mit der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt. Bei Asylbewerbern aus anderen Herkunftsländern ist die Aufnahme einer Beschäftigung in aller Regel erst nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland möglich. Wer aus einem als sicher eingestuften Herkunftsland stammt, hat dagegen gar keine Arbeitsmöglichkei-

457.000

Ukrainer waren im November 2022 bei Jobcentern und Arbeitsagenturen gemeldet.

ten. Die Flüchtlinge aus der Ukraine indes nutzen diese Möglichkeiten. Den Novemberdaten der Bundesagentur zufolge haben bislang 50.000 von ihnen eine Anstellung gefunden.

Bestätigt wird das durch eine Studie des Ifo-Instituts, das 1.500 Geflüchtete befragte. Ein Fünftel von ihnen berichtete, in Deutschland mittlerweile einen Arbeitsplatz gefunden zu haben. Allerdings arbeite mehr als die Hälfte der Befragten auf Stellen, die nach eigener Aussage unter ihrer formalen Qualifikation liegen. „Die Arbeitsbereitschaft unter ukrainischen Geflüchteten ist sehr hoch“, sagt Ifo-Forscherin Tetyana Panchenko. „Nur sehr wenige sind nicht daran interessiert, eine Arbeit aufzunehmen.“ Die Mehrheit der Befragten will demnach in den nächsten zwei Jahren in Deutschland bleiben. Ihr Anteil hat sich gegenüber einer ersten Befragung vom Juni sogar erhöht. Gut ein Drittel der Befragten plant, in die Ukraine zurückkehren. In der Umfrage im Juni war es noch knapp die Hälfte.

FOTOS/ Adobe Stock

SONDERVERÖFFENTLICHUNG **Bona**

SANIEREN STATT AUSTAUSCHEN

NEUE BÖDEN TROTZ KNAPPER BUDGETS

Elastische Böden werden dort eingesetzt, wo hoher Publikumsverkehr zu großen Belastungen führt. Allerdings nutzt sich auch der beste Bodenbelag mit der Zeit ab. Durch Risse und Kratzer dringen Schmutz und Feuchtigkeit in die Beschichtung ein, die Fläche sieht dauerhaft ungepflegt aus.

Was viele nicht wissen: Unansehnliche, zerkratzte elastische Böden lassen sich mit dem Bona Resilient System vollständig sanieren. Am Anfang steht eine kostenfreie Begutachtung, danach wird die alte Beschichtung entfernt und neu aufgebaut – mit bis zu vier Lackschichten, je nach



Der Boden des Selterswassermuseums im mittelhessischen Niederselters – vor und nach der Sanierung. Der teure und aufwendige Austausch des Belags konnte vermieden werden.

Nutzungsklasse. Nahezu jede farbliche Gestaltung ist auch in Teilbereichen möglich.

Wichtig in Zeiten knapper Kassen: Eine Sanierung kostet

deutlich weniger als der Austausch. Das liegt einerseits am geringeren Materialeinsatz, andererseits am erheblich verringerten Stundenaufwand. Zudem fallen auch keine

Kosten für die Entsorgung von Bauschutt an. Am Ende ist die Sanierung eines elastischen Bodenbelags sowohl ökonomisch als auch ökologisch empfehlenswert. In Zeiten knapper Kassen und großer Klimaprobleme sollte deswegen stets geprüft werden, ob eine Boden-sanierung möglich ist.

KONTAKT
Bona Vertriebsgesellschaft mbH
Jahnstraße 12
D-65549 Limburg/Lahn

Roland Pung

☎ 06431-4008-1999
✉ marketing.de@bona.com
🌐 www.bona.com

FOTOS/ Bona bxn

An den unterschiedlichsten Stellen gibt es deshalb gezielte Förderprogramme, um ukrainische Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bereits im September beschloss etwa die niedersächsische Landesregierung, rund zwei Millionen Euro für 21 Arbeitsmarktprojekte für geflüchtete Ukrainer zur Verfügung zu stellen. Geflüchtete aus der Ukraine sind in vielen Fällen gut ausgebildet und motiviert und können einen wertvollen Beitrag leisten, um den Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel abzumildern, so der damalige Wirtschaftsminister Bernd Althusmann.

Auch die Wirtschaft engagiert sich, um möglichst viele ukrainische Fachkräfte zu beschäftigen. In der europaweiten Jobbörse "Uatalents" suchen zahlreiche namhafte Unternehmen qualifizierte Mitarbeitende. Anfang Dezember waren etwa Stellen für IT-Experten ebenso ausgeschrieben wie für Elektriker oder Physiotherapeuten. Zudem gibt es das Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag. 3.368 Unternehmen aus ganz Deutschland sind dort mittlerweile Mitglied: Das Netzwerk gibt Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, die Flüchtlinge einstellen wollen, Praxistipps und informiert über Förder- und Unterstützungsangebote. Es dient dem Erfahrungsaustausch und der Rechtsberatung von Betrieben, die sich an dieser Stelle engagieren wollen.

Manchmal indes findet die Integration von Flüchtlingen auch auf höchst ungewöhnliche Weise statt. Zum Beispiel durch einen neuen Job als Schwimmtrainer: Ein entsprechendes Projekt gab es in den vergangenen Monaten in Berlin. Die für ihre Erfolge im Wasserball bekannten „Wasserfreunde Spandau 04“ und deren Abteilungsleiter Schwimmen, Sven Spannekrebs, führten zusammen mit dem Berliner Schwimmverband und dem Deutschen Olympischen Sportbund eine Ausbildung für lizenzierte Schwimmtrainer durch. Denn in Berlin soll es künftig „Schulschwimmzentren“ geben, an denen der Schwimmverband zusammen mit den örtlichen Schulen einen intensiveren Schwimmunter-

richt als bisher durchführt. Entsprechend benötigt man zusätzliches Personal. Und von den 21 Teilnehmern, die die Grundlagen der Erteilung von Schwimmunterricht lernten, waren 17 Flüchtlinge. 13 von ihnen erhielten nach der Maßnahme eine Anstellung in den Schulschwimmzentren, die übrigen wurden an private Schwimmschulen und Sportvereine vermittelt.

Eine deutsche Teilnehmerin des Kurses, Luzie Mülsch, bilanzierte am Ende, dass auch die vier Teilnehmer, die keine Geflüchteten waren, viel gelernt haben. „Am Anfang hat man gedacht, dass der Kurs für die Flüchtlinge eine große Chance ist, aber ich muss sagen, dass es vor allem für uns Deutsche eine große Chance war, weil wir so großartige Menschen kennengelernt haben.“



FOTOS/ Adobe Stock



ZUKUNFTSFORSCHER

DEUTSCHLAND BRAUCHT MEHR DEUTSCHE!

Vom Doppelpass verspricht sich die Regierung, dass er zum wichtigen Instrument gegen die Demografie wird. Doch das Chancenaufenthaltsgesetz greift zu kurz, die doppelte Staatsbürgerschaft wird nicht reichen, meint unser Zukunftsforscher Daniel Dettling und prophezeit: „Migration schafft Wohlstand.“

„Deutschland, wie krass hast du dich verändert“, schrieb die BILD-Zeitung Ende November. Während die Bevölkerung wächst, schrumpft die Zahl der Deutschen. Allein in den letzten acht Jahren ist die Zahl der Ausländer um 4,4 Millionen auf heute 12,8 Millionen gestiegen. Dagegen sank die Zahl der Einwohner mit deutschem Pass um 1,1 Millionen auf 73,3 Millionen. Die Zahlen des Statistischen Bundesamts zeigen auch: Die Zuwanderer sind jünger als die Deutschen und deutlich mehr sind im erwerbsfähigen Alter. Ohne Einwanderung wird Deutschland seinen Wohlstand nicht halten können. Das Wirtschaftswachstum wird deutlich sinken, prognostiziert die Bundesbank. Bis 2035 wird die Zahl der erwerbsfähigen Menschen um sieben Millionen zurückgehen, fast zwei Millionen Stellen sind bereits heute nicht besetzt.

Aus mehr Ausländern sollen mehr Deutsche werden. Das ist das eine Ziel des neuen Einbürgerungsrechts. Das andere: Deutschland muss



Dr. Daniel Dettling ist Zukunftsforscher und leitet das von ihm gegründete Institut für Zukunftspolitik. Sein aktuelles Buch: „Eine bessere Zukunft ist möglich Ideen für die Welt von morgen“ (Kösel)

attraktiver werden für externe Fach- und Arbeitskräfte. Der deutsche Pass ist für viele unattraktiv, das zeigen die bisherigen Greencard-Programme. Zu bürokratisch, zu hohe Hürden. Wer nicht fließend Deutsch spricht und über kein hohes und sicheres Einkommen verfügt, hat es bislang schwer, nach Deutschland zu kommen. In den Beliebtheitsrankings internationaler Expats belegt das Land einen der hinteren Plätze.

Migration schafft Wohlstand. Fast 40 Prozent der amerikanischen Wissenschaftler kommen aus dem Ausland, vor allem aus China und Indien. Fast die Hälfte der 500 erfolgreichsten Unternehmen wurde von Einwanderern gegründet. Das Potenzial für die Zukunft ist noch größer. Während heute in den USA mehr als 20 Millionen Amerikaner asiatischer Abstammung leben, sind es in Europa nur vier Millionen. Die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg erlebte die Welt vor wenigen Jahren. 2015 mussten mehr als 65 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Gut eine



Million von ihnen kam nach Deutschland. Die Arbeitslosigkeit sank in den Folgejahren auf ein Rekordtief. Auch weil die Berufsprofile der neuen Zuwanderer denen der Deutschen glichen.

Viele Branchen sind heute ohne ausländische Arbeitskräfte nicht mehr überlebensfähig. Der Anteil ausländischer Arbeitnehmer aller sozialversicherungspflichtiger Beschäftigten hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt (von 1,9 Millionen im Jahr 2010 auf 4,1 Millionen im Jahr 2020) und beträgt beispielsweise in der Fleischindustrie fast 40 Prozent, in der Landwirtschaft fast 30 und bei LKW-Fahrern mehr als 17 Prozent. Auch bei den MINT-Berufen wie Elektrikern oder Ingenieuren ist die Beschäftigungsdynamik fast viermal so hoch wie bei den deutschen Fachkräften. Die Mehrheit der Unternehmen sieht im Fachkräftemangel inzwischen das größte Risiko.

Das Vorhaben der Bundesregierung, den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft mit dem „Chancenaufenthaltsgesetz“ zu beschleunigen, ist notwendig, aber nicht ausreichend. Einbürgerung ist der wichtigste Schritt einer nachhaltigen sozialen und politischen Integration. Daran gemessen ist Deutschland Entwicklungsland. Von rund

» **Fast die Hälfte der 500 erfolgreichsten Unternehmen wurde von Einwanderern gegründet.**«

11 Millionen Ausländern und Ausländerinnen, die aktuell in Deutschland leben, wurden zuletzt 131.600 Menschen eingebürgert – etwas mehr als ein Prozent. Damit liegt Deutschland weit unter EU-Durchschnitt (2 Prozent). Ursache ist eine veraltete Identitätspolitik, die von Einbürgerungskandidaten die Aufgabe ihrer Herkunftsidentität verlangt. Auf der Webseite des Bayerischen Staatsministeriums des Innern heißt es: „Mit der freien Entscheidung, die deutsche Staatsangehörigkeit unter gleichzeitiger Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit anzunehmen, kommt die erfolgte Hinwendung zu Deutschland und Identifikation mit der neuen Heimat zum Ausdruck.“ Neudeutscher kann demnach nur werden, wer sich von seiner alten Heimat abwendet.

Zum Motto einer neuen Einwanderungspolitik muss „schneller, attraktiver, einfacher“ werden – Erstens: Ausländische Berufsabschlüsse sollten von vornherein als gleichwertig gelten (es sei denn, es bestehen erhebliche, begründete Bedenken). Wer ein Arbeitsplatzangebot hat, soll nach Deutschland kommen können – unabhängig von Sprachkenntnissen. Zweitens: Willkommenspolitik braucht eine Willkommensverwaltung. Aus Botschaften, Visabehörden und Ausländerbehör-

den werden Anwerbe- und Einwanderungsberatungsagenturen, die auf Basis von Standards digital zusammenarbeiten. Drittens braucht es einen neuen Mindset: Statt erschwert, sollte die Einwanderung von Arbeitskräften erleichtert werden. Wenn Mehrfachstaatsangehörigkeiten auch in Deutschland erlaubt wären, würde Einwanderung attraktiver, hat der Sachverständigenrat erst vor kurzem dargelegt.

In den USA werden Einbürgerungen oft am nationalen Unabhängigkeitstag gefeiert. Einbürgerungsfeiern sind hierzulande noch die Ausnahme und nicht die Regel. Die erste Feier fand 2009 im Bundeskanzleramt unter Angela Merkel statt. Zu wenige sind ihr bislang gefolgt. Ein bundesweiter Tag der Einbürgerungen am 23. Mai könnte für viele Kommunen ein Ansporn sein. Nichts ist attraktiver als Aufstieg. Das hebräische Wort für Einwanderung heißt übersetzt „Aufstieg“. Spitzenpositionen und Führungskräfte mit migrantischem Hintergrund sind hierzulande noch die Ausnahme und nicht die Regel.

Der Blick in die Pflegeheime, Krankenhäuser und Restaurants oder Forschungsabteilungen der Unternehmen belegt den Trend: Deutschland wird bun-

» **Der Doppelpass wird zum wichtigen Instrument gegen den demografischen Wandel.**«

ter. Die meisten der Herkunftsländer, aus denen heute Migranten stammen, werden innerhalb von nur einer Generation ökonomisch zu uns aufschließen. Das gilt vor allem für Afrika. Der Kontinent hat das größte demografische Potenzial in diesem Jahrhundert. Seit 2005 haben jedoch nur 120.000 Afrikaner und Afrikanerinnen eine Aufenthaltserlaubnis wegen Arbeit oder Ausbildung erhalten. Den allermeisten Menschen bleiben daher nur Flucht und Asyl als Möglichkeit der Einreise.

Je schneller wir über eine gut funktionierende Migrationspolitik, Integrationskultur und -verwaltung verfügen, umso besser. Länder und Kommunen brauchen mehr Befugnisse und Mittel im Integrationsbereich. Das gilt vor allem für Sprachförderung und Integrationskurse. In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, ob aus Migration echte Integration und aus Gastarbeitern wirklich Bürger und Bürgerinnen werden. Integration gelingt fern der großen Ballungszentren in der Regel besser. Die beste Waffe gegen Identitätspolitik ist das Zulassen von mehreren Identitäten. In Zukunft werden mehrere Pässe normal sein. Der Doppelpass wird zum wichtigen Instrument gegen den demografischen Wandel. ❁

PRÄVENTION

WOHNUNGSLOS – ABER NICHT **HOFFNUNGSLOS!**

Der KOMMUNAL-Report zeigt, welche Ansätze Sinn machen und was Kommunen tun können. Damit Menschen nicht auf der Straße landen, sind Präventions- und Hilfsmaßnahmen entscheidend.

Dorothea Walchshäusl

Der Winter bringt mit seinen eisigen Temperaturen lebensbedrohliche Umstände für wohnungslose Menschen mit sich. „Kommunale Notprogramme sind in dieser Jahreszeit essentiell“, sagt Werna Rosenke, die als Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. tätig ist. Die Hilfe muss daher früh ansetzen, damit Menschen gar nicht erst wohnungslos werden. Im besten Falle gibt es auf kommunaler Ebene eine gut funktionierende zentrale Fachstelle. Sie bündelt die Kompetenzen von Ordnungs-, Sozial- und Wohnungsamt und kann damit viele Fälle von Wohnungslosigkeit abwenden.

Der Erfolg zahlt sich für die Kommune aus. So stellt die Expertin fest: „Für die einzelne Kommune ist es, neben allen moralischen Gründen, schlicht auch preisgünstiger, Wohnungslosigkeit zu verhindern als die Menschen unterbringen zu müssen.“ Die Ursachen für Wohnungslosigkeit sind laut der Geschäftsführerin sehr unterschiedlich. Da sind die jungen Leute, die aufgrund von Konflikten in der Familie von zuhause „abgehauen“ sind. Da sind all die Menschen, die durch Erkrankungen, durch Sucht oder Depression nicht in der Lage sind, ihre Wohnung zu halten. Und da sind jene, die durch eine Trennung von ihrem Partner auf einmal ohne Bleibe dastehen. Was alle eint, sind die knappen wirtschaftlichen Ressourcen, zudem hätten die Menschen oft kaum tragende soziale Netzwerke. Und auch die Informationslage ist dürftig: „Häufig wissen die Leute gar nicht, welche Möglichkeiten sie noch haben und fühlen sich ohnmächtig und

ausgeliefert.“ Entsprechend müssten kommunale Hilfsangebote noch deutlicher sichtbar gemacht und kommuniziert werden, rät die Geschäftsführerin des Verbandes.

Kommt es tatsächlich zur Wohnungslosigkeit, ist die Kommune für die ordnungsrechtliche Unterbringung zuständig. Gleichwohl diese klar geregelt ist, gibt es hier laut Rosenke große Unterschiede in der Umsetzung. „Teilweise werden hier keine adäquaten Standards eingehalten oder Menschen ohne sozialrechtliche Ansprüche abgewiesen“, so die Geschäftsführerin. Dies sei zwar nicht korrekt, aber durchaus häufige Praxis. Entsprechend wichtig sei es, eine „menschenwürdige Unterbringung mit ordentlichen Standards zu gewähren, die wirklich jedem zugänglich ist, der sich in Not befin-

FOTOS/ Adobe Stock

178.000

Menschen **ohne feste Wohnung** zählten die Kommunen Anfang des Jahres deutschlandweit.

det“. Dabei tauchen längst nicht alle Wohnungslosen sofort in den Unterkünften auf, viele schlagen sich erst einmal allein durch und geraten schnell in eine Abwärtsspirale. „Menschen, die einmal wohnungslos geworden sind, finden unglaublich schwer wieder zurück – vor allem dann, wenn der Wohnungsmarkt ohnehin leer ist“, stellt Rosenke fest. Geht es um den Anspruch auf Sozialwohnungen, stünden wohnungslose Menschen ganz hinten in der Schlange. Es brauche nicht nur mehr Sozialwohnungen, sondern auch einen bestimmten Anteil an Wohnungen, der extra von der Kommune für Wohnungslose freigehalten wird.

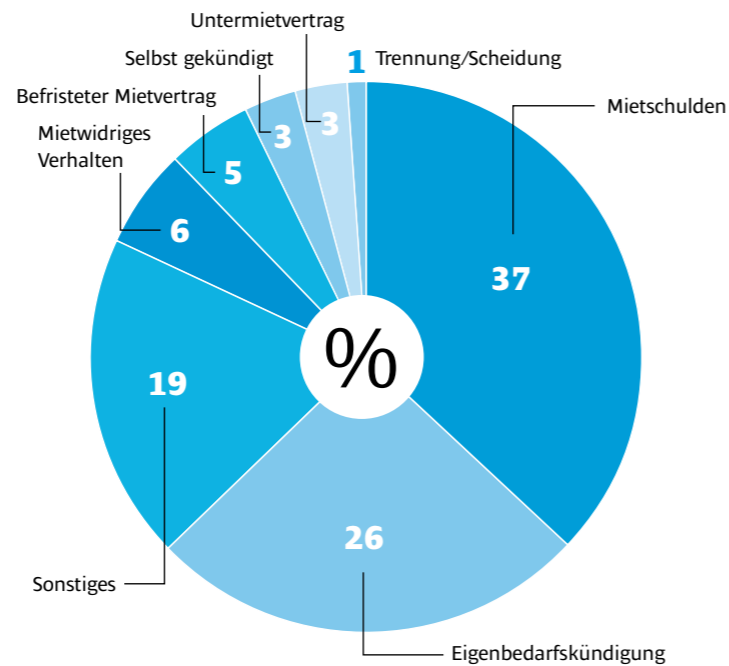
Einen sehr erfolgreichen Präventionsansatz verfolgt man bei der Wohnungslosenhilfe Ludwigsburg. Sie hat 2016 das Projekt „Wohnungssicherung“ gestartet. Es wird von allen beteiligten Kommunen mitfinanziert, die anteilig die Personalkosten übernehmen. „Unser Ziel ist es, zu verhindern, dass Menschen in die Wohnungslosigkeit rutschen. Damit entlasten wir auch die Kommunen“, sagt Julia Grözingler, die als Sozialpädagogin mitarbeitet. In der Praxis bedeutet das: Sobald ein Mietverhältnis konkret in Gefahr ist, können sich die Hilfesuchenden an die Fachstelle wenden – entweder auf direktem Wege oder via Vermittlung durchs Rathaus, das Jugendamt oder das Jobcenter.

Die Gründe für eine Gefährdung der Wohnsituation sind vielfältig. Mal gibt es eine Kündigung wegen Eigenbedarf, mal haben Mietschulden oder mietswidriges Verhalten zur Kündigung geführt. Oft entsteht auch durch die Trennung vom Partner eine Krise im Mietverhältnis. „Die Bandbreite unserer Klienten ist groß und reicht von der Einzelperson, die ihren Job verloren hat, in die Alkoholabhängigkeit gerutscht und verschuldet ist, über den überforderten Rentner auf Wohnungssuche bis hin zur gutbürgerlichen Familie, der wegen Eigenbedarf gekündigt wurde“, so die Mitarbeiterin.

Wenden sich die Menschen an die Wohnungssicherung, sind sie oft verzweifelt und unter Druck. „Wir nehmen den Menschen erstmal ganz viel Angst, klären sie auf und unterstützen sie. Viele sind sehr überrascht, was sie alles noch für Möglichkeiten haben“, so Grözingler. In einem weiteren Schritt analysieren Grözingler und ihre Kollegen dann die Situation: „Wir schauen uns an, worum es geht, sichten die Unterlage und vermitteln gegebenenfalls an den Deutschen Mieterbund und Anwälte.“ Zudem informieren sie die Klienten über den Ablauf eines Kündigungsverfahrens und ihre



WARUM DROHT DER WOHNUNGSVERLUST?



Quelle: Fachstelle Wohnungssicherung

Rechte. Geht es um Mietschulden, suchen sie den Kontakt zum Vermieter, versuchen zu vermitteln und Ratenzahlungen zu vereinbaren; außerdem unterstützen sie die Klienten bei der Wohnungssuche und coachen, wie man sich bewerben kann, man seine Schufa-Auskunft beantragt oder eine Anzeige schaltet. „Die drohende Kündigung ist oft nur die Spitze des Eisbergs“, sagt Grözinger, und die Geschichten dahinter seien manchmal hart. Oft gehe es um Krankheit, um Gewalt in Beziehungen oder Sucht – „das muss man aushalten und auffangen und dann oft auch an andere Stellen vermitteln“. Die Wahrung der Wohnung sei elementar. „Die Wohnung ist das Allerwichtigste“, so Grözinger. „Wenn man kein Dach mehr über dem Kopf hat, zählt alles andere nur noch wenig.“

Die Situation am Wohnungsmarkt ist hoch angespannt: „Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum und deutlich mehr Menschen, die ein Anrecht auf Sozialwohnungen haben, als es solche Wohnungen gibt am Markt“, so die Mitarbeiterin. Gleichwohl ist die Arbeit der Wohnsicherungs-Stelle ein großer Erfolg: Nur vereinzelt gibt es Fälle, in denen Klienten in Notunterkünften landen, in fast 90 Prozent der Fälle gelingt es, die Kündigung abzuwenden oder eine neue Unterkunft zu finden. Waren 2016 nur vier Kommunen am Projekt beteiligt, nehmen mittlerweile 31 von 39 Kommunen im Landkreis teil.

Prävention ist alles – das erlebt auch Bernd Mülbrecht, der in Münster das Modellprojekt „Brückenschlag“ betreut. Gefördert vom Sozialministerium in Nordrhein-Westfalen über das Aktionsprogramm „Hilfen in Wohnungsnotfällen“ wird das Projekt von 2020 bis 2023 von der Bischof-Hermann-Stiftung durchgeführt, die kommunal eng eingebettet ist. Das Besondere ist der Fokus: So richtet sich „Brückenschlag“ explizit an Familien, denen Wohnungslosigkeit droht oder die bereits ohne Wohnung sind. „Das Klischee vom einsam herumziehenden Obdachlosen ist fest in den Köpfen verankert, aber es gibt viel Bedarf für Familien in besonderen Notlagen“, weiß Bernd Mülbrecht.

„Wir nehmen den Menschen erstmal ganz viel Angst und klären sie auf.“

Julia Grözinger vom Präventionsprojekt „Wohnungssicherung“ in Ludwigsburg



Voraussetzung für eine Teilnahme am Projekt ist, dass die Familien Anspruch auf SGB-II-Sozialleistungen haben.

Bei dem Projekt geht es darum, die gesamte Lebenssituation der Familien anzuschauen und die Bereiche parallel anzugehen. Die Arbeits- und Wohnsituation steht dabei ebenso im Fokus wie die Erziehung, die Bildungssicherheit der Kinder, die Verschuldungssituation, Haushaltsführung oder die Gesundheit der Familienmitglieder. „Die Situation von Familien ist eine vollkommen andere als jene von Einzelpersonen. Die Existenzsicherung ist wesentlich komplexer“, so Mülbrecht. Dabei müsse man besonders die Kinder im Blick haben, etwa für eine Kita- oder Schulanmeldung sorgen. Allein der bürokratische Aufwand überfordere die Erziehungsberechtigten oft. Das „Brückenschlag“-Team – zwei Sozialarbeiter und Sprachmittlerinnen – versucht, mit den Familien und in Kooperation mit den kommunalen Ämtern, die Gesamtsituation zu verbessern. So geben die Mitarbeiter Hilfestellung bei Verträgen für Internet und Elektrizität, helfen bei technischen Schwierigkeiten, unterstützen die Quartiersanbindung, etwa zu den sozialen Anlaufstellen, dem Kindergarten oder zu Arzt-Praxen. Mitarbeiter verbringen anfangs teilweise 5 bis 6 Stunden pro Woche in einer Familie. Es zeigt sich: Der Kampf gegen die Wohnungslosigkeit ist extrem komplex und erfordert intensive Netzwerkarbeit.

FOTOS/Quelle: Landkreis Ludwigsburg gGmbH

KOMMUNAL.PLUS

Mehr als nur Zeitschrift.

K+ Alle Artikel aus der Printausgabe schon **vor Erscheinen online lesen**

K+ Zusätzlich zu den Print-Artikeln täglich **weitere exklusive Hintergründe und Vorzeige-Beispiele lesen**

K+ Exklusive **Urteile, Rechtsgutachten und Statistiken** nur für unsere Abonnenten



Sichern Sie sich Ihr persönliches Abo für **KOMMUNAL.PLUS**



EHRENAMT

KOMMUNALPOLITIK IN DER RUSHHOUR DES LEBENS

Sitzungen finden fast immer dann statt, wenn die Kinder und der Partner Zeit benötigen. Dazwischen noch Haus, Garten, Verein und Elternabende. Unsere Gastautoren geben Tipps, wie Kommunen das Ehrenamt fördern können, damit der Stadt- oder Gemeinderat für junge Menschen attraktiver wird.

Wer hat Zeit für die kommunale Selbstverwaltung? Lust auf lokale Demokratie? Wer macht mit in unseren Stadt- und Gemeinderäten? Die Erwartungen an die „Kommunalos“ sind hoch. Monatlich tagt der Rat, dazwischen Ausschuss- und Fraktionsitzungen. Aber Präsenzpfllichten bestehen auch für Sommerfeste der Kindergärten, Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehren, dem Tag der Offenen Tür des Jugendzentrums und der Vernissage des heimischen Kunstvereins. Das alles zur „besten Sendezeit“ – gemeint sind die Wochenenden, die Abendstunden. Kommunalpolitik findet gerade dann statt, wenn die eigenen Kinder, die Familie und der Partner Zeit benötigen. Und neben Kindern und Familie, dem zeitintensiven kommunalen Ehrenamt dann noch Beruf, Elternabende, Elternpflege, Haus & Garten, Mittun in der Vereinsarbeit, beim Nachbarschaftstreffen. Es funktioniert nicht: Kommunalpolitik mit kleinen Kindern – das kommunale Mandat in der Rushhour des Lebens.

Doch ist es nicht gerade diese Generation, die wir in unseren Räten brauchen? Sind es nicht die jungen Mütter und Väter, die maßgeblich das Bild und die Zukunft in einer Kommune prägen müssen? Kindertagesstätten, Spielplätze, Schulen, ÖPNV-Verbindungen – wichtige Aufgaben mit großen

Oliver Junk ist Professor für Verwaltungsrecht an der Hochschule Harz mit dem Schwerpunkt Kommunalrecht.



Herausforderungen. Der Frauenanteil in der Kommunalpolitik ist viel zu gering und liegt in den Kommunalparlamenten im Durchschnitt lediglich bei 25 Prozent. Nur sieben Prozent der kommunalen Mandatsträger und Mandatsträgerinnen versorgen Kinder unter fünf Jahren.

Ausgangspunkt und notwendige Bedingung ist zunächst ein Commitment vor Ort, die kommunale Verständigung über die Notwendigkeit der Veränderung der Zusammensetzung des Gemeinderates. Sie muss Abbild der Stadtgesellschaft werden. Legitimation und gute Kommunalpolitik benötigt auch die Gedanken von jüngeren Menschen, von viel mehr Frauen und auch Menschen mit Migrationshintergrund. Darauf aufbauend muss die kommunale Gremienarbeit völlig neu, modern und digitaler gedacht werden. Eine neuartige Sitzungskultur wird notwendig. Und sie darf nicht nur auf tradierte formale Anforderungen der Präsenzsitzungen Rücksicht nehmen, sondern muss Mandatsträger mit Familienpflichten in der Rushhour des Lebens zuerst in den Blick nehmen. Die kommunale Gremienarbeit muss attraktiv werden! Der Charakter von traditionellen Ratssitzungen wirkt eher abschreckend. Deshalb gilt es, Arbeitsklima und Arbeitsweise zu verändern. Wie geht man miteinander um? Wie spricht man übereinander? Es geht um den Ton, den Unterton und die Zwischentöne.

Es geht aber auch um Inhalte: Wie gewinnbringend sind monologartige Vorträge und Endlosdiskussionen um Fußnoten in Hundesteuersatzungen?

Zeit ist die wichtige Ressource. Das bedeutet, dass Sitzungen mit Blick auf Anfangs- und Endzeiten planbar sein müssen. An die Vorbereitung und Optimierung der Tagesordnung sowie die Moderation der Sitzung sind deshalb neue, höhere Anforderungen zu stellen. Attraktive Möglichkeiten der Kinderbetreuung während der Gremiensitzungen sind zu schaffen und unbürokratische Erstattung der Kinderbetreuungskosten zu gewährleisten. Auch die Landesgesetzgeber sind in der Pflicht und müssen endlich von der Präsenzpfllicht befreien. Es darf nicht von kommunalen Mehrheitsentscheidungen vor Ort abhängen, ob hybride Gremienarbeit zulässig ist. Insbesondere hybride Ausschusssitzungen sind notwendig, um kommunales Ehrenamt für Eltern mit kleinen Kindern möglich zu machen. Warum gibt es mobile Arbeitsformen nur im Beruf?

Die Kommunalverfassungen müssen darüber hinausgehend Vertretungslösungen und Rotationen erlauben, um Ratsmitgliedern ein befristetes

Matthias Wiener ist Abteilungsleiter der Finanzbuchhaltung bei der Stadt Dessau-Roßlau und Dozent an der Hochschule Harz.



Ruhenlassen des Mandates zu ermöglichen, zum Beispiel für eine familienbedingte Auszeit.

Die Einbindung junger Menschen ist durch konkrete Mitspracherechte zu stärken. Auch dem Trend zum projektorientierten Engagement muss Rechnung getragen werden. Gerade digitale Partizipationsprozesse können den Weg zum kommunalen Mandat verkürzen. Und die Nähe zur Kommunalpolitik in der Heimatgemeinde darf dann auch nicht durch die Ausbildungssituation in anderen Orten aufgelöst werden. Konfliktsituationen sind etwa die Zweitwohnungssteuer sowie Studiengebühren und BAföG im Hinblick auf längere Studienzeiten durch das Ehrenamt.

Das kommunale Mandat in der Rushhour des Lebens wird nur dann möglich, wenn die Landesgesetzgeber über die Kommunalverfassungen sowie die Satzungsgeber vor Ort über Hauptsatzungen und Geschäftsordnungen das Ehrenamt attraktiver machen und die Kombination von Beruf, Familie und kommunalem Mandat ermöglichen. Die Alternative ist die weitere Verschärfung der Legitimationskrise von lokaler Politik. Abhilfe ist notwendig – und wie skizziert – auch möglich.



Webinar: So fördern wir das Ehrenamt

Wie kann es gelingen, das Ehrenamt für Frauen und für junge Menschen attraktiver zu gestalten? Die Autoren des Gastbeitrags vertiefen das Thema in einem Webinar und geben Tipps, was Kommunen vor Ort tun können. Das Webinar findet online per Zoom statt am 19. Januar 2023 um 10 Uhr.

HIER GEHT'S ZUR ANMELDUNG:



BÜRGERPROTESTE

ZU VIELE BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN

„Die Summe der Einzelinteressen ergibt nicht das Allgemeinwohl, sondern Chaos“ – davon zeigt sich der Bürgermeister von Heidenheim, Michael Salomo, überzeugt. Eine von vielen Erkenntnissen, die er als Vorsitzender des Netzwerkes Junge Bürgermeister und Bürgermeisterinnen gemacht hat. Im Gespräch mit KOMMUNAL zeigt er die Herausforderungen junger Kommunalpolitiker auf.

KOMMUNAL • Herr Salomo, was machen junge Bürgermeister anders?

Michael Salomo: Junge Bürgermeister und Bürgermeisterinnen priorisieren anders. Wenn ich drei bis vier Jahre vor der Pensionierung stehe, sehe ich den demografischen Wandel und die Herausforderungen anders als derjenige, der noch Jahrzehnte im Rathaus sitzt, wenn kein Personal mehr da ist, weil so viele in den Ruhestand gegangen sind. Und wer mit der Digitalisierung groß geworden ist, bringt zu diesem modernen Thema eine andere Affinität mit.

Wo steht Deutschland bei der Digitalisierung?

Wir müssen vor allem schauen, dass Glasfaser in den Boden kommt. Dafür müssten die Telekommunikationsanbieter in die Pflicht genommen werden. Sie haben den Profit und der Staat muss vorher investieren. Und dann müssen wir noch schneller die Verwaltungsdienstleistungen digital anbieten. Wenn sich morgens Menschen aus der Ukraine im Rathaus beim Einwohnermeldeamt anmelden wollen, dann stellen sich diese Menschen viele Fragen. Denn in der Ukraine ist dieser Vorgang längst digital möglich.

Was können junge Bürgermeister denn umgekehrt von Älteren lernen?

Auf alle Fälle eine gewisse Gelassenheit. Wenn man mehrere Jahre im Amt ist, dann weiß man die Dinge anders zu nehmen.

Warum haben viele Bürgermeister keine Lust mehr oder Männer und Frauen kandidieren erst gar nicht?



Das Berufsbild hat sich massiv verändert. Das Anspruchsdenken gegenüber der Verwaltung hat sich deutlich erhöht und es kommen auf die Kommunen durch immer mehr gesetzliche Grundlagen immer mehr Aufgaben zu. Dazu haben auch die zusätzlichen Herausforderungen durch Corona und die Flüchtlingspolitik massiv beigetragen.

Wie kommen mehr Frauen in die Kommunalpolitik?

Indem die Frauen entdecken, wie vielfältig die Kommunalpolitik ist. Es ist eine Politik zum Anfassen. Wenn wir im Rathaus entscheiden, dann nützt das den Bürgerinnen und Bürgern. Wir fällen nicht die abstrakte Entscheidung, dass wir bis 2030 so und so viele Windräder bauen wollen, sondern reden über das konkrete Windrad. Doch die Arbeitszeiten sind nicht familienfreundlich und viele Kolleginnen und Kollegen werden massiv angefeindet und erfahren sogar körperliche Gewalt. Wenn das Sicherheitsempfinden für das Amt nicht mehr da ist, kandidieren noch weniger Frauen.

Vor knapp einem Jahr schrieben Sie mit 26 anderen jungen Bürgermeistern einen Brandbrief wegen Angriffen von Corona-Gegnern. Brauchen Sie mehr Unterstützung?

Es hat sich schon viel getan. Wir sind regelmäßig beim Bundespräsidialamt eingeladen und der Bundespräsident engagiert sich stark. Als ich 2014 Bürgermeister damals in der Gemeinde Haßmersheim war, wurde ich bedroht und habe das angezeigt. Der Tenor damals: Als Person des öffentlichen Lebens muss man das aushalten. Heute sind die Ermittlungsbehörden deutlich sensibler geworden. Als ich zu Beginn des russischen Angriffskriegs



in der Ukraine eine weiße Rose mit russischem Z bekommen habe, hat die Polizei mit ganzer Präsenz ermittelt. In der Bundespolitik ist das Verständnis gewachsen, dass die Rathäuser die Speerspitze der Demokratie sind und man die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Mitarbeitende nicht im Regen stehen lassen kann.

Welche Angriffe kommen derzeit?

Kolleginnen und Kollegen im Netzwerk berichten ständig über Beleidigungen und sogar Morddrohungen. Einer Kollegin hat man einen Galgen in den Garten betoniert, in einer anderen Stadt wurde dem Bürgermeister das Auto angezündet.

Was ist die größte Herausforderung eines Bürgermeisters?

Da möchte ich Manfred Rommel, den ehemaligen Oberbürgermeister von Stuttgart zitieren. Der hat mal gesagt, die Summe der Einzelinteressen ergibt nicht das Allgemeinwohl, sondern Chaos. Die größte Herausforderung ist es tatsächlich, den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, dass wir als Bürgermeister*innen die beste Lösung für die Gesamtheit suchen müssen, für den einen oder anderen ist das dann aber nicht die beste Lösung.

Die Bürgerproteste nehmen zu. Haben wir die richtigen Instrumente zur Bürgerbeteiligung?

Wir haben zu viele Beteiligungsmöglichkeiten. Ich hatte die Befürchtung, dass die Bundesregierung die Flüssiggasterminals unter den gleichen Voraussetzungen baut, wie wir auf kommunaler Ebene die Bauleitplanungsverfahren durchführen müssen. Die würden dann in anderthalb Jahren noch nicht stehen. Während es auf Bundes- und Landesebene kaum mehr Beteiligungsverfahren gibt, werden

den Kommunen immer mehr vorgeschrieben. So bekommen wir die Themen nie in der Schnelligkeit umgesetzt, wie der Gesetzgeber es sich erhofft.

Was kritisieren Sie am meisten an den Rahmenbedingungen für die Kommunen?

Am ärgerlichsten ist die Fördermittelpolitik des Bundes. Die Schwarmintelligenz in den Rathäusern wird mit strikten Regularien der Fördertöpfe außer Kraft gesetzt. Die Stadt hat einen Haushalt von 250 Millionen Euro und der Bund setzt ein Förderprogramm zur Digitalisierung der Schulen auf. Dann setzt er ein Förderprogramm zur Energiewende auf, dann ein Programm für Smart City. Auf jedes Programm bekommen Sie eine ordentliche Anschubfinanzierung. Wenn es aber ausgelaufen ist, muss ich als Stadt das komplette Projekt aus dem bisherigen Haushalt von 250 Millionen Euro finanzieren – und dafür das Budget an anderer Stelle einschränken. Der Bund sollte das Geld an die Kommunen und Länder weiterreichen, die dann selbst entscheiden können. ❗

Das Interview führte Gudrun Mallwitz.

ANZEIGE



Die Stadt Ratingen beabsichtigt zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle der

Abteilungsleitung (m/w/d) Verkehrsplanung

neu zu besetzen.

Die Vergütung erfolgt nach Entgeltgruppe 14 TVöD, die Besoldung nach A 14 LBesG NRW.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Ausführliche Informationen zu dieser Stelle entnehmen Sie bitte der Homepage der Stadt Ratingen unter www.stadt-ratingen.de.

RECHT AKTUELL

WER BESTELLT, DER BEZAHLT AUCH?!

Beim Konnexitätsprinzip lohnt es sich für kommunale Entscheidungsträger ganz genau hinzusehen und sich vom Land „keinen Bären aufbinden zu lassen“, rät Rechtsanwalt Tobias Schröter in seinem KOMMUNAL-Gastbeitrag.

Das Konnexitätsprinzip soll sicherstellen, dass die Kommunen auf Kosten, die ihnen dadurch entstehen, dass das Land ihnen Aufgaben überträgt, nicht sitzenbleiben. Vereinfacht gesagt: „Wer bestellt, der bezahlt auch.“ Doch so einfach ist es – leider – nicht. Zwischen Kommunen und Ländern kommt es in regelmäßigen Abständen zu Streitigkeiten um Inhalt und Reichweite des Konnexitätsprinzips – schließlich geht es hier sehr schnell um sehr viel Geld für beide Seiten. Das Thema ist heiß umkämpft. Das zeigen zahlreiche Verfahren vor den Landesverfassungsgerichten. Umstritten ist dabei nicht nur häufig die Höhe des Mehrbelastungsausgleichs, den das Land seinen Kommunen für die Aufgabenerfüllung zur Verfügung zu stellen hat, sondern auch, ob das Konnexitätsprinzip im Einzelfall überhaupt Anwendung findet.

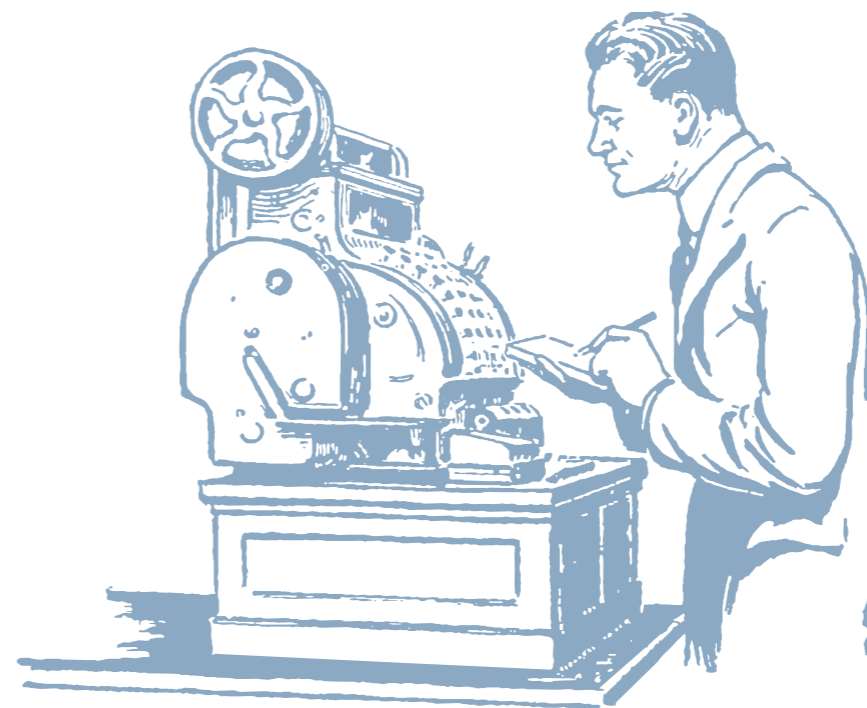
Das wird dann interessant, wenn nicht der Regelfall einer Aufgabenübertragung durch Landesgesetz auf die Kommunen gegeben ist. Was ist etwa, wenn die Kommunen eine Aufgabe seit Jahrzehnten bereits aufgrund eines älteren Landesgesetzes wahrnehmen, der Inhalt der Aufgabe sich aber nun durch ein neues Bundesgesetz verändert und die Umsetzung dieser Änderungen Mehrkosten verursacht? Wollen sich Kommunen hiergegen wehren, bleibt ihnen nur der Gang vor das jeweilige Landesverfassungsgericht – binnen Jahresfrist.

Angesichts der vielfältigen juristischen Fragestellungen ist kommunalen Entscheidungsträgern häufig nicht klar, wann es sich für ihre Kommune lohnt, genauer hinzusehen. Auch wenn die einzelnen Regelungen in den Landesverfassungen im



Die Kommunen sitzen
in der sogenannten
Konnexitätsfalle.

Tobias Schröter, Rechtsanwalt



Wortlaut leicht voneinander abweichen, lassen sich doch überblicksartig einheitliche Voraussetzungen anführen, die das Konnexitätsprinzip auslösen.

Zunächst geht es beim Konnexitätsprinzip immer um den Fall einer Aufgabenübertragung, also die Zuweisung einer Zuständigkeit für eine Aufgabe des Landes auf seine Kommunen, etwa die Wahrnehmung des örtlichen Trägers der Kinder- und Jugendhilfe. Eine Aufgabenübertragung des Bundes auf die Kommunen ist seit der Föderalismusreform I verfassungsrechtlich verboten. Eine damit angesprochene Aufgabe meint eine oder mehrere Verwaltungsangelegenheiten, die die Kommunen nach außen wahrnimmt (etwa Jugendsozialarbeit). Nicht gemeint sind hingegen organisatorische Vorgaben, die sich nur intern in der Verwaltung auswirken (zum Beispiel Vorgabe zur Einrichtung eines Jugendamtes).

Die Aufgabe, die das Land seinen Kommunen überträgt, muss nicht neu im Sinne von erstmalig sein. Denn anerkannt ist, dass auch die spätere Änderung oder Erweiterung einer Aufgabe wie inhaltliche Vorgaben zur Jugendsozialarbeit erfasst sind. Das ist nur konsequent, schließlich kann eine erweiterte Aufgabe erfordern, dass mehr Personal benötigt wird (beispielweise mehr Jugendsozialarbeiter), wodurch der Kommune Mehrkosten entstehen, die sie nicht zu verantworten hat.

Aktuellster Streitfall ist das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG), mit dem der Bund die inhaltlichen Anforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe erheblich verändert und erweitert hat. Diese neuen Anforderungen führen abseh-

bar dazu, dass auf die zuständigen örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe, zumeist werden dies die Landkreise und kreisfreien Städte sein, ebenso erhebliche Mehrkosten für zusätzliches Fachpersonal zukommen. Die Besonderheit dieser Konstellation liegt also darin, dass die Kommunen bereits seit Jahren örtliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind. Eine neue Aufgabenübertragung muss das Land gar nicht veranlassen, denn die Kommunen sind seit langem zuständig. Aber auch die spätere Erweiterung der Aufgabe Kinder- und Jugendhilfe hat nicht das Land vorgenommen, sondern geht auf den Bund zurück.

Mit dem Argument, die damit verbundenen Mehrkosten gar nicht verursacht zu haben, machen sich die Länder nun einen „schlanken Fuß“ – zu Lasten ihrer Kommunen. Denn die bleiben auf den Kosten sitzen, weil der Bund wiederum den Kommunen

ANZEIGE



Die Stadt Ratingen beabsichtigt zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle als

Verkehrsplaner (m/w/d) – Schwerpunkt Straßenplanung

neu zu besetzen.

Die Vergütung erfolgt nach Entgeltgruppe 12 TVöD.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?
Ausführliche Informationen zu dieser Stelle entnehmen Sie bitte der Homepage der Stadt Ratingen unter www.stadt-ratingen.de.


keine Finanzmittel unmittelbar zuweisen darf. Die Kommunen sitzen damit in der sogenannten Konnexitätsfalle. Das Konnexitätsprinzip muss deshalb auch in solchen Sachverhalten anwendbar sein. Die Zuständigkeit der Kommunen für die Kinder- und Jugendhilfe geht schließlich nach wie vor auf eine zurückliegende Aufgabenübertragung des Landes zurück. Würde diese alte Aufgabenübertragung nicht auch den durch den Bund veränderten Inhalt der Aufgabe – wie eine Art Sammelgefäß – umfassen, so müssten die Kommunen die Änderungen auch nicht umsetzen. Weil sie dazu aber durch das Land verpflichtet sind, ist das Land auch seinerseits verpflichtet, die Mehrkosten auszugleichen.

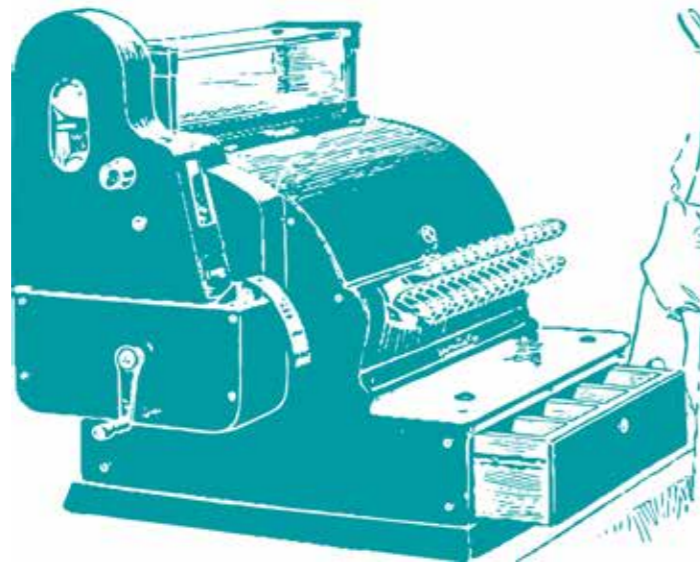
Das Konnexitätsprinzip ist keine Einbahnstraße. Für die Länder ist das nicht ungerecht. Sie könnten durch ihre Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung im Bundesrat dafür sorgen, dass der Bund sie finanziell unterstützt. Sie könnten die Aufgabe aber auch auf ihre eigenen Kosten selbst durch die Landesverwaltung wahrnehmen. Anders gewendet: Es kommt auf die Zuständigkeitsregelung und nicht die Sachregelung selbst an. Für die Zuständigkeitsregelung ist aber allein das Land verantwortlich.

Kommt man zu dem Ergebnis, dass das Konnexitätsprinzip Anwendung findet, muss das Land die finanzielle Mehrbelastung ausgleichen, die den Kommunen durch die Erfüllung der zugewiesenen Aufgabe entsteht. Andernfalls würde sich ihr finanzieller Spielraum unzulässigerweise verringern. Die Mehrbelastung wird durch einen Vergleich zwischen den Kosten vor und nach der Übertragung für die Kommune berechnet. Umfasst

sind Sach-, Personal- und Verwaltungskosten. Liegt eine finanzielle Mehrbelastung vor, muss das Land eine Kostendeckungsregelung erlassen – und zwar gleichzeitig mit der Aufgabenübertragung. Die Kommunen müssen nicht in Vorleistung gehen und sich auch nicht um eine nachträgliche Erstattung bemühen.

Der Höhe nach erfolgt der Kostenausgleich nicht als Spitzabrechnung. Die Länder dürfen pauschalieren. Grundsätzlich müssen die Pauschalen aber so sein, dass jede Kommune einen vollständigen Kostenausgleich erreichen kann. Das Land muss hierfür eine nachvollziehbare und belastbare Prognose anstellen. Der Kostenausgleich zum Schutz der Kommunen ist dabei keine einmalige Sache. Vielmehr handelt es sich um eine fortlaufende Pflicht des Landes. Es muss die Kostenentwicklung daher beobachten und gegebenenfalls auch bei der Höhe des Kostenausgleichs nachbessern.

Fazit: Freilich ist in den juristischen Einheiten manches umstritten. Klar ist aber, dass das Konnexitätsprinzip die Kommunen vor einer Aushöhlung ihrer Finanzen durch das Land schützen soll. Kommt eine Anwendung des Konnexitätsprinzips jedenfalls in Betracht, lohnt es sich für kommunale Entscheidungsträger ganz genau hinzusehen und sich vom Land „keinen Bären aufbinden zu lassen“. Im Zweifel müssen die Kommunen ihr Recht durchsetzen – frei nach dem Motto: „Wer die Musik bestellt hat, muss auch die Rechnung bezahlen.“ 



FOTOS/ Adobe Stock

FORSA-AKTUELL

KOMMUNALWAHLEN ALS SPIEGEL DER UNZUFRIEDENHEIT

Die Entfremdung zwischen Bürgern und der Politik nimmt weiter zu. Das zeigt sich leider auch auf lokaler Ebene immer stärker, stellt Forsa-Chef Manfred Güllner fest.

Die Ergebnisse von zwei aktuellen Untersuchungen von forsa sind ein weiteres Beispiel dafür, wie weit fortgeschritten die Entfremdung zwischen Bürgern und Politik in vielen Kommunen ist. Dabei ist in beiden Städten eine überdurchschnittlich große Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt festzustellen. Die generelle Wohnzufriedenheit ist mit 86 Prozent in Bonn beziehungsweise 90 Prozent in Rostock ähnlich hoch wie in vielen bayerischen Gemeinden, wo immer die höchste Zufriedenheit mit dem Wohnort in der gesamten Republik vorzufinden ist. Eine Unzufriedenheit mit der Stadt an sich ist also nicht der Grund für die in beiden Städten aktuell ermittelten Entfremdungstendenzen zwischen den Bürgern und den politischen Akteuren. Verantwortlich dafür sind vielmehr das weitgehend als Zumutung empfundene persönliche Angebot der Parteien in Rostock und die die Stadtgesellschaft spaltende Politik der grünen Oberbürgermeisterin in Bonn.

Die Untersuchung vor der Neuwahl des Oberbürgermeisters, der durch den Wechsel des bisherigen, bei den Rostockern recht beliebten Amtsinhabers Claus Ruhe Madsen in die schleswig-holsteinische Landesregierung erforderlich wurde, zeigte ein bemerkenswertes großes Interesse an der Wahl; denn mit über 70 Prozent war der Anteil der Rostocker, die über den Termin der Wahl frühzeitig informiert waren, größer als es üblicherweise

vor Wahlen auf kommunaler Ebene der Fall ist. Doch dass auf die offene, ohne jedwede Vorgabe gestellte Frage nach den größten Problemen in der Stadt die Neuwahl des Stadtoberhaupts mit 27 Prozent fast so oft wie die Unannehmlichkeiten durch den Verkehr und die Verkehrsplanung genannt wurde, deutete schon auf akute Missstimmungen im Umfeld der Wahl hin.

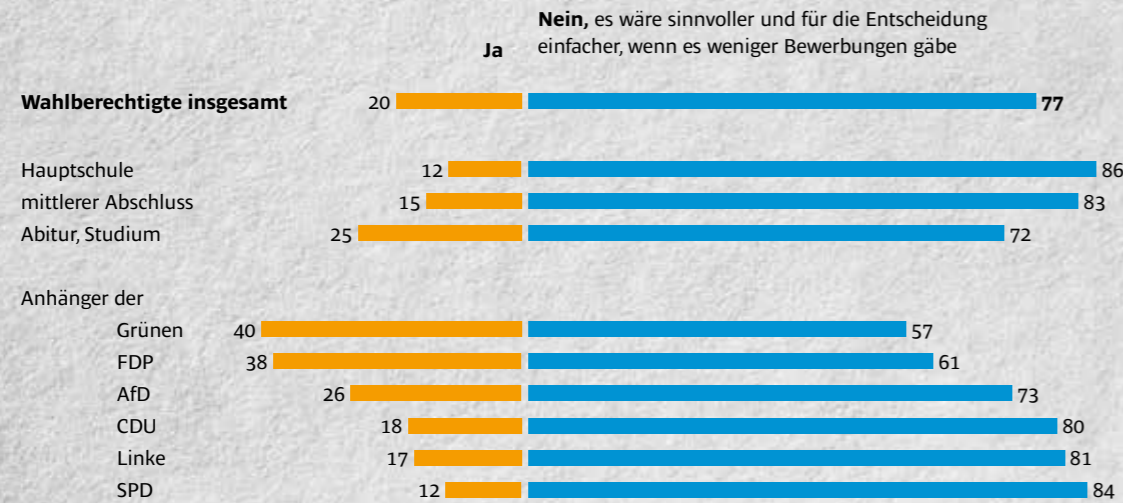
Und in der Tat: Von den 17 Bewerbern um das Amt des Rostocker Oberbürgermeisters waren nur zwei – die Kandidatin der Linke und der parteilose, aber von CDU, FDP und einer freien Wählergruppe unterstützte Bewerber – der Hälfte der Wahlberechtigten bekannt. Die Kandidatinnen der SPD und der Grünen kannten 40 Prozent oder weniger, alle anderen 13 Kandidaten waren nur einem Bruchteil der Wahlberechtigten bekannt. Dramatisch aber ist, dass nur zwei Kandidaten, von denen, die sie kennen, für fähig gehalten wurden, das Amt des Oberbürgermeisters auszuüben. 14 der 17 Bewerber wurden von 70 oder mehr Prozent, denen sie bekannt waren, für nicht fähig gehalten.

Entsprechend gaben schon in der forsa-Erhebung vier Wochen vor der Wahl 57 Prozent der befragten Wahlberechtigten an, sich nicht beteiligen zu wollen oder noch unentschieden zu sein, wie sie sich bei der Wahl verhalten würden. Fast 57 Prozent aller Wahlberechtigten beteiligten sich dann auch tatsächlich nicht am ersten Wahlgang Mitte November. Die Kandidatin der Linke und der von CDU und FDP unterstützte Kandidat wurden von jeweils rund 10 Prozent



MEINUNGEN ZUR KANDIDATENFÜLLE BEI DER OBERBÜRGERMEISTERWAHL IN ROSTOCK

Es finden gut, dass man bei der Oberbürgermeisterwahl in Rostock zwischen 17 Kandidaten bzw. Kandidatinnen auswählen kann...



aller Wahlberechtigten gewählt; die Kandidatin der SPD erhielt die Stimmen von 7, die der Grünen die Stimmen von 4 von 100 Wahlberechtigten. Und weitere 10 Prozent der Wahlberechtigten wählten einen der 13 anderen Bewerber. An der Stichwahl beteiligen sich dann sogar zwei Drittel der Wahlberechtigten nicht mehr. Die in der Stichwahl schließlich gewählte Kandidatin der Linke kann sich also nur auf das Vertrauen von rund einem Fünftel der Rostocker Wahlberechtigten stützen – fast vier Fünftel aber gaben ihr nicht ihre Stimme.

Die hohe Zahl von Nichtwählern und die geringe Vertrauensbasis der neu gewählten Oberbürgermeisterin zeigt das Ausmaß des Unmuts vieler Rostocker über das ihnen bei dieser Wahl zugemutete Kandidatentableau. Über drei Viertel der von forsa vor der Wahl Befragten äußerten denn auch ihren Unwillen über diese hohe Zahl von zum größten Teil unbekanntem und eher für unfähig bewerteten Bewerbern.

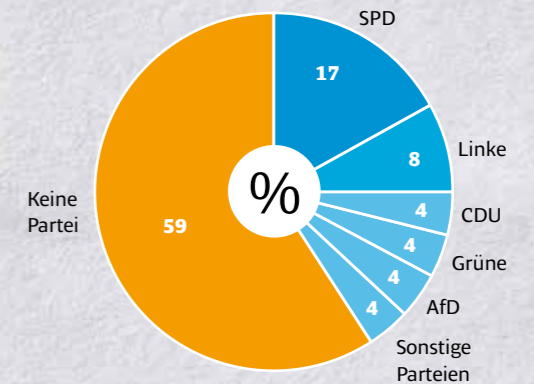
Erschreckend aber war die Reaktion einiger der 17 Bewerber um das Amt des Rostocker Oberbürgermeisters auf die Veröffentlichung der Urteile der Rostocker zu den kandidierenden Politikern. Anstatt diese Bewertungen ernst zu nehmen und darüber nachzudenken, ob ihre Kandidatur eigentlich gerechtfertigt sei, waren sie über die Veröffentlichung „erzürnt“ und sahen darin eine unzulässige „Beeinflussung der Wähler“. Der Unmut der Rostocker über das schwache Kandidatenangebot dürfte sich durch solche Reaktionen eher verfestigt haben.

Ähnlich erschreckend wie in Rostock waren die Reaktionen von Teilen der Politik vor Ort auf die vom Bonner General-Anzeiger veröffentlichten Ergebnisse der forsa-Untersuchung. Die zeigten nämlich, dass die grüne Oberbürgermeisterin und die sie tragende „Ratsmehrheit“ aus Grünen, SPD, Linke und VOLT eine Politik in erster Linie für die Interessen ihrer Wählerklientel betreiben, aber nicht – wie es eigentlich die Aufgabe einer „guten“ Kommunalpolitik wäre – für einen Ausgleich der

QUELLE: forsa-Repräsentativbefragung in Rostock vom 10. bis 14. Oktober 2022 (757 Befragte) | Angaben in Prozent

EINSCHÄTZUNG DER POLITISCHEN KOMPETENZ DER PARTEIEN IN ROSTOCK

Mit den Problemen in Rostock wird am besten fertig...



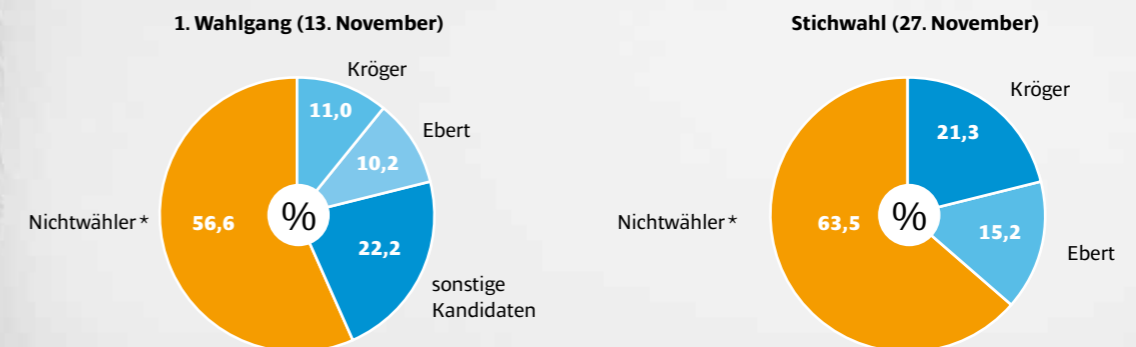
unterschiedlichen Interessen in der Bürgerschaft sorgen. Die Folge ist eine tiefe Spaltung der Bonner Stadtgesellschaft zwischen der grünen, meist fahrradfahrenden Bildungselite und den „normal“ arbeitenden und häufig auf das Auto angewiesenen Bonnern.

Mit der Arbeit der Oberbürgermeisterin und der „Ratsmehrheit“ ist entsprechend nur die Minderheit der oberen Bildungsschichten und der Fahrradfahrer zufrieden, während die Mehrheit der Bonner damit nicht zufrieden ist. Die Bonner Oberbürgermeisterin ist nach diesen Ergebnissen somit nicht das Stadtoberhaupt aller Bonner, sondern sie vertritt nur die Interessen der grünen Minderheit, die ihr bei der OB-Stichwahl zur Mehrheit verholfen hat. Doch die derzeit für die Bonner Politik Verantwortlichen bewerten diese Ergebnisse positiv und wollen ihre Politik, mit der die Mehrheit der Bonner nicht zufrieden ist, verstärkt fortsetzen.

Dass sich die Entfremdung zwischen Bürgern und lokalen politischen Akteuren verfestigt, wundert angesichts solcher Reaktionen auf vielfältige Unmutsäußerungen der Bürger nicht.

ERGEBNISSE DER OBERBÜRGERMEISTERWAHL IN ROSTOCK: NOVEMBER 2022

(in % der Wahlberechtigten)



* einschließlich ungültige Stimmen

VERFASSUNG

RÜCKENWIND FÜR WINDENERGIE IM WALD

Das Bundesverfassungsgericht ist zum Ergebnis gekommen, dass das Windräder-Verbot im Thüringer Waldgesetz mit dem Grundgesetz unvereinbar ist. Eine spannende Entscheidung, die den Bau solcher Anlagen voranbringen kann, aber Möglichkeiten nimmt, die Wälder durch ein pauschales Verbot zu schützen.

Von GUDRUN MALLWITZ

Rund 34 Prozent der Fläche des Freistaates Thüringen sind Wald. Dort wäre also viel Platz für Windenergie-Anlagen. Das Thüringer Waldgesetz schließt dies aber aus. Dagegen haben Eigentümer von Waldgrundstücken vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Sie argumentierten, dass der Waldbestand auf ihren Grundstücken teilweise vor allem durch Schädlingsbefall erheblich geschädigt sei und deshalb gerodet werden musste. Doch auch für solche Flächen gilt das Verbot, dort Windräder aufzustellen.

Die Wald-Grundstückseigentümer wollen, dass dort aber Windenergieanlagen aufgestellt und betrieben werden. Mit ihrer Verfassungsbeschwerde wandten sie sich gegen den Ausschluss der dafür erforderlichen Umwandlung, wie ihn der Paragraph 10, Absatz 1, Satz 2 des Thüringer Waldgesetzes vorsieht. Sie sehen damit ihr Eigentumsrecht verletzt.

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat inzwischen festgestellt, dass die Regelung mit dem Grundgesetz unvereinbar ist und damit nichtig. Die Richter kamen zu dem Schluss, dass das pauschale Verbot, Windenergieanlagen in Waldgebieten zu errichten, in das vom Grundgesetz geschätzte Eigentumsrecht der Waldeigentümer eingreift. „Dieser Eingriff ist nicht gerechtfertigt, weil das Gesetz formell verfassungswidrig ist“, so der Senat. Die Richter stellten fest: Dem Freistaat Thüringen fehle für die angegriffene Regelung die Gesetzgebungskompetenz. Er sei dafür gar nicht

Die Entscheidung der Karlsruher Richter ist ein Paukenschlag.“

Hermann Albers,
BWE-Präsident

zuständig, für das Bodenrecht sei vielmehr der Bund verantwortlich.

Die Landesgesetzgeber könnten Waldgebiete aufgrund ihrer Gesetzgebungskompetenz für Naturschutz und Landschaftspflege unter Schutz stellen, sofern diese Gebiete aufgrund ihrer ökologischen Funktion, ihrer Lage oder auch wegen ihrer Schönheit schutzwürdig und -bedürftig sind. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ist in einem solchen Fall aber das Bodenrecht berührt. „Bodenrechtliche Bestimmungen regeln insbesondere die Koordinierung und ausgleichende Zuordnung konkurrierender Bodennutzungen und Bodenfunktionen“, wird erläutert.

Der Bundesverband Windenergie (BWE) hat die Entscheidung, gegen die Revision eingelegt werden kann, als wichtiges Signal für den Ausbau der Windenergie bezeichnet. BWE-Präsident Hermann Albers sagte: „Die Entscheidung der Karlsruher Richter ist ein Paukenschlag.“ Große Teile der Wirtschaftsförster seien in Folge des fortschreitenden Klimawandels in einem schlechten Zustand. Flächen, die stark geschädigt sind, könnten für die Windenergie genutzt und über die Erträge wieder aufgeforstet werden. „Von den 11,4 Millionen Hektar Waldfläche in Deutschland sind aktuell nur weniger als 0,01 Prozent für die Windenergie ausgewiesen“, heißt es vom Verband. Bis Ende 2032 sollen laut Ampelkoalition zwei Prozent der Bundesfläche für Windenergie bereit stehen. Derzeit sind es 0,8 Prozent. ❧

FOTOS/ Adobe Stock

DIGITAL TOTAL

GEFANGEN IM PROJEKT-KARUSSELL

Statt immer mehr neue digitale Produkte zu fördern, sollten in den Kommunen dauerhafte Konzepte nachhaltig finanziert werden, fordert Ilona Benz.

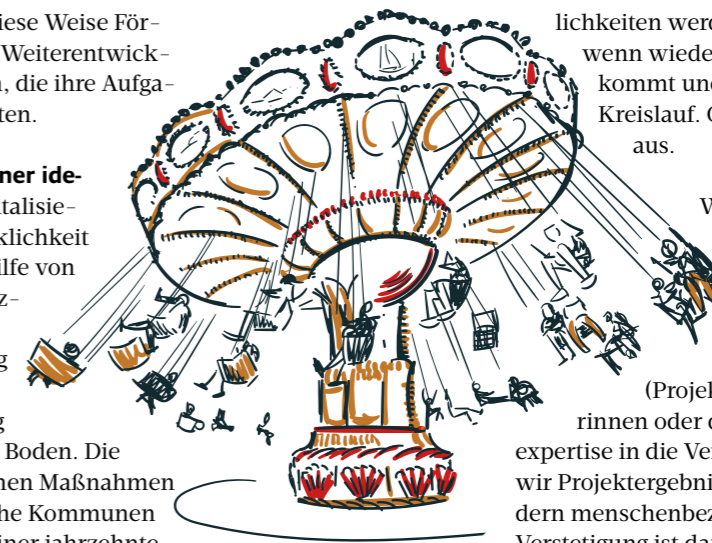


Seit langem schon gilt die Verstetigung von Projektergebnissen als die unangefochtene Königsdisziplin in Förderprogrammen. Verstetigung bedeutet, Projektergebnisse dauerhaft über die Projektlaufzeit hinaus zu sichern. Staatliche Gelder sollen am Ende der Förderlaufzeit nicht verpuffen, sondern eine dauerhafte Wirkung für die Gesellschaft entfalten. In einer idealen Welt würden auf diese Weise Förderprogramme zu einer stetigen Weiterentwicklung der Mittelempfänger führen, die ihre Aufgaben immer besser erfüllen könnten.

Nun leben wir leider nicht in einer idealen Welt.

Bei kommunalen Digitalisierungsprogrammen sieht die Wirklichkeit ein wenig anders aus. Weil mithilfe von Förderprogrammen weder gesetzliche Pflichtaufgaben noch von Kommunen regelmäßig freiwillig erbrachte Leistungen finanziert werden dürfen, schießen ständig neue Projekte wie Pilze aus dem Boden. Die so künstlich erzeugten zusätzlichen Maßnahmen gehen nicht etwa auf unersättliche Kommunen zurück, sondern sind Ergebnis einer jahrzehntelangen strukturellen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden.

Immer neue Projekte führen in den Kommunen zu einem ständig steigenden Verstetigungsdruck. Im Scheinwerferlicht der Kontrollorgane stehen dabei regelmäßig technische und infrastrukturelle Projektergebnisse wie digitale Plattformen und Anwendungen. Für alle diese Produkte müssen Konzepte zum dauerhaften Weiterbetrieb erarbei-



tet werden. Meistens bedeutet dies, dass die Projektergebnisse nach Ende der Laufzeit vom ohnehin überlasteten Personal in den Verwaltungen noch zusätzlich betreut werden müssen. Denn die für die Entwicklung der Produkte befristet eingestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen müssen dann wieder entlassen werden oder der Vertrag mit externen Dienstleistern läuft aus. Die Begehrlichkeiten werden jedes Mal erneut entfacht, wenn wieder einmal neues Projektpersonal kommt und geht. Und so schließt sich ein Kreislauf. Gute Verstetigung sieht anders aus.

Wie wäre es stattdessen, wenn wir nicht zuerst nach Betriebskonzepten für Plattformen, sondern nach Wissensmanagement, Bleibe- und Qualifizierungsplänen für (Projekt-)Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen oder dem Transfer von Dienstleistungsexpertise in die Verwaltung fragen würden? Wenn wir Projektergebnisse nicht produktbezogen, sondern menschenbezogen interpretieren würden? Verstetigung ist dann gut, wenn damit auch die Sicherung von (neuem) Wissen, Erfahrungen und Kompetenzen von Menschen in der Organisation gelingt. Denn Technik hat eine kürzere Halbwertszeit als der Mensch. ❧

Ilona Benz ist Geschäftsführerin der städtischen Digitalisierungsagentur KL.digital GmbH und Chief Digital Officer der Stadt Kaiserslautern. Die Autorin freut sich über Reaktionen an i.benz@kl.digital

ARBEITEN & GESTALTEN

E-LADENSÄULEN

Das Dorf der
Elektromobilität
Seite 44

VEREINSSPORT

Wie Kommunen
unterstützen können
Seite 48

KLIMASCHUTZ

SO GELINGT DIE ENERGIEWENDE

Wie in drei Kommunen in Baden-Württemberg, NRW und Brandenburg schon jetzt deutlich mehr Strom aus regenerativen Quellen produziert wird als verbraucht. Wir stellen Ihnen die Erfolgsgeschichten vor!

Von ANNETTE LÜBBERS

In der knapp 5.000 Einwohner zählenden Stadt Tengen in Baden-Württemberg ist der Anteil der erneuerbaren Energien „organisch gewachsen“. So sieht das Bürgermeister Marian Schreier. „Dafür hat es bei uns nicht einmal einen besonderen Beschluss gebraucht. Wir haben uns auch nicht lange mit großen Strategieplanungen aufgehalten, sondern sind sofort in die Praxis eingestiegen“, sagt er. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: In Tengen wurde im Juni 2022 der erste Solarpark in Betrieb genommen. Die Kapazitäten: 4 Millionen Kilowattstunden im Jahr. Ein Windpark erzeugt bereits seit 2017 pro Jahr etwa 20 Millionen Kilowattstunden Strom. Dazu kommen zwei Biogasanlagen und der kontinuierliche Ausbau der Photovoltaik. Tengen speist damit ein Vielfaches an Strom ins Netz, als es selbst verbraucht.

Ein Erfolgsgeheimnis der kleinen Kommune liegt darin, dass der Stadtrat und Bürgermeister Marian Schreier ein großes Problem von vornherein vermeiden konnten: Bürgerproteste, die vielerorts programmiert sind, wenn es um den Ausbau der Windkraft geht. Bürgermeister Marian Schreier unterstreicht: „Wir haben unseren Standpunkt als Kommune sehr klar kommuniziert und direkt im Anschluss daran Informationsveranstaltungen und Runde Tische eingesetzt.“ Nach vielen – auch kontroversen – Diskussionen stand schon nach wenigen Monaten ein Bürgerentscheid: Zwei Drittel der Bevölkerung haben den Windpark unterstützt. Wohl auch deshalb, weil sowohl private Land- und Forstbesitzer als auch regionale Unternehmen an den Projekten beteiligt sind. „Das spart viel Zeit und schafft Akzeptanz, weil die Wertschöpfung der Anlagen bei uns verbleibt“, so der Bürgermeister. Sein Rat an andere Kommunen: Zügig umgesetzte Projekte sorgen zügig für überzeugende Ergebnisse. „Meiner Beobachtung nach wird bei uns zu lange und zu umfangreich geplant. Das macht speziell für kleinere Kommunen weniger Sinn als für große Metropolen.“

Für den Tengerer Bürgermeister ist klar: „In diesem Land wäre so viel mehr so viel schneller möglich, wenn sich unsere langwierigen Genehmigungsverfahren endlich ändern würden.“ Ein Beispiel hat er auch gleich parat: In Tengen habe ein einziger Rotmilan-Horst das Genehmigungsverfahren für Windpark Nummer eins enorm verzögert: „Natürlich ist der Artenschutz auch uns ein wichtiges Anliegen. Aber wir brauchen nicht den Schutz



Bürgermeister Marian Schreier (2. von links) und Grundstückseigentümer Gerhard Weber (3.v.l.) beim Gruppenbild am Tag der Betriebsnahme des Solarparks Berghof in Tengen.

„**Ein einziger Rotmilan-Horst hat das Genehmigungsverfahren für einen Windpark enorm verzögert.**“

Marian Schreier,
Bürgermeister von Tengen

eines einzigen Lebewesens, sondern den Schutz der Population in Gänze. Hätten wir ein paar Wochen später kartographiert, dann hätte der Rotmilan seinen Horst vielleicht schon verlegt.“ Ähnliches gelte für die Vorschriften im Bereich Photovoltaik: „Wir mussten zum Beispiel für eine Anlage auf einer Kuppe, die am Tag vielleicht von 100 Fahrzeugen passiert wird, ein eigenes Blendgutachten in Auftrag geben“, erzählt er. „An dieser Stelle hätte es auch ein Hinweisschild getan.“ In Deutschland gebe es für solche speziellen Verfahren einfach zu wenig Gutachter. Die Folge: „Verzögerungen ohne Ende. Das darf nicht so bleiben, wenn die Energiewende gelingen soll.“

Das brandenburgische 130-Seelen-Dorf Feldheim zwischen Berlin und Leipzig ist bereits seit 2010 stromautark – und die Bürgerschaft profitiert. Durch die nun weggefallene EEG-Umlage liegt der Preis bei starken 12 Cent je Kilowattstunde Strom und bei 7,5 Cent für Wärme. Im bundesdeutschen Durchschnitt, Stand Oktober 2022, sind es 51,58 Cent/kWh. Für den enormen Preisunterschied sorgen in Feldheim Biogasanlagen und vor allem Windkraft. Bürgermeister Michael Knappe stellt klar: „Wir wollten in Feldheim alles: ein eigenes Stromnetz, Breitband, Nahwärme. Das bestehende Stromnetz durften wir nicht nutzen – und haben kurzerhand ein eigenes Stadtwerk gegrün-

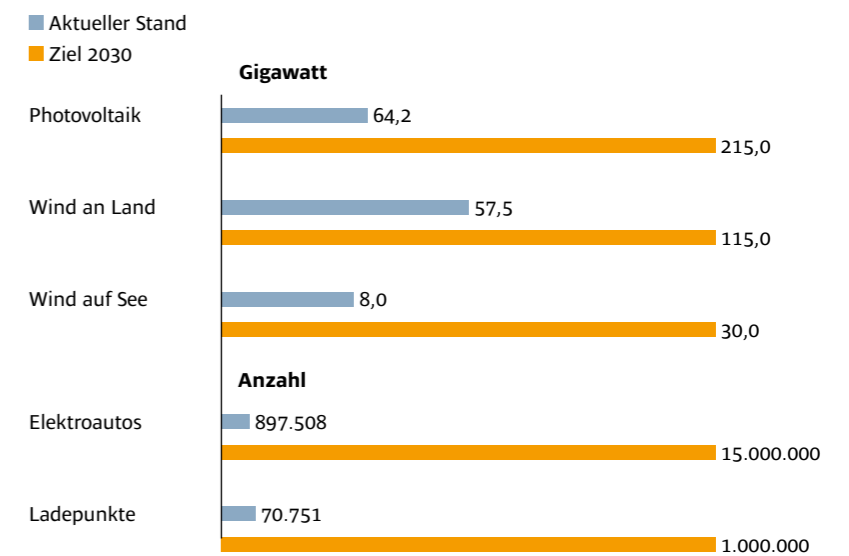
det, mit einem eigenen Strom- und Wärmenetz.“ Der Clou: Die Bürgerinnen und Bürger sind bis auf wenige Ausnahme alle mit im Boot – als Kunden und Unternehmer gleichermaßen. „Natürlich gab es keinen Einstiegszwang, aber allen war klar: Wer später einsteigt, für den wird es teurer. Wir waren am Start schon 40 Prozent billiger als die überregionalen Anbieter.“ Auch im kleinen Feldheim ruhen die Verantwortlichen sich auf dem Erreichten nicht aus. Der derzeit in Planung befindliche zweite Windpark – mit einer Kapazität von 30 Millionen Kilowattstunden – soll die Bilanz noch zusätzlich verbessern.

Dass die Energiewende gelingen kann, davon ist der Bürgermeister von Feldheim überzeugt. Was bei ihm in der brandenburgischen Provinz möglich sei, sei auch in Großstädten machbar. „Deutschland könnte ein einziges energieautarkes Dorf werden – wenn das denn gewünscht ist.“ Aber auch Knappe sagt: „Schnelle und unbürokratische Genehmigungsverfahren sind dafür unabdingbar. Bis bei uns etwas genehmigt wird, ist die Technik schon wieder überholt. Wir denken noch viel zu sehr mit Scheuklappen und formulieren windelweiche Gesetzestexte. Da stimmt das gesamte System nicht mehr. Wir müssen Versorgung und Verteilung ganz neu denken. Stichwort: eine dezentrale Zentralität.“ Im Norden Wind erzeugen und mittels Tras-

FOTOS: Bene Müller, solarcomplex, Energiequelle GmbH

ENERGIE-ZIELE DER REGIERUNG IN WEITER FERNE

Vergleich des aktuellen Stands der Energiewende mit den Zielen der Bundesregierung für 2030



Stand: November 2022

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin

ANZEIGE

srh

SRH Fernhochschule
The Mobile University

Für Ihre nachhaltige Kommunalentwicklung.

Starten Sie Ihre Weiterbildung für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz für Ihre Kommune.

- Studieren Sie mit Qualität, Flexibilität und persönlichem Service.
- Profitieren Sie von über 25 Jahren Erfahrung.

Mehr unter: www.mobile-university.de



sen in Bayern verteilen? Das sei, sagt er, Unsinn. „Wenn wir es schaffen, sowohl die Versorgung als auch die Verteilung neu zu denken, dann kann die Energiewende gelingen.“

Topfzahlen kann auch das kleine Metelen vermelden. Die 6.500-Seelen-Gemeinde im Kreis Steinfurt in Nordrhein-Westfalen leitet bis zu 430 Prozent mehr Strom ins Netz, als es selbst verbraucht. Allerdings hat dieser große Überschuss auch damit zu tun, dass es hier nur wenige energieintensive Unternehmen gibt. Die Kommune erzeugt Strom durch Biomasse, Photovoltaik und Windenergie, also komplett regenerativ und das schon seit vielen Jahren. Es gibt Gründe, warum sie so weit vorne liegt: Bürgermeister Gregor Krabbe sagt: „Als finanzschwache Gemeinde sind wir darauf angewiesen, immer neue Wege zu finden, um den Umsatz im Ort zu stärken. Besonders wichtig: Wir fördern das Engagement von Bürgern und Unternehmen, so dass möglichst die Lust auf zukunftsorientierte Ideen geweckt wird. Das Thema Chancen der Nutzung erneuerbarer Energien passt da hervorragend.“ Auch in Metelen ist ein zweiter Windpark in Planung. Weitreichende Proteste werden auch hier nicht erwartet. Trotzdem betont Bürgermeister Krabbe, die Bedenken und Sorgen

Speicherlösungen müssen mehr in den Blick genommen werden.“

Gregor Krabbe,
Bürgermeister von Metelen

Einzelner würden ernst genommen und seriös bewertet. Er unterstreicht: „Ohne unsere aktive Bürgerschaft stünden wir heute nicht so gut da. Vor 30 Jahren gab es bereits ein – im Verhältnis zu heute – kleines, aber dennoch innovatives Windenergieprojekt. Damit wurde schon früh Interesse geweckt, Know-how aufgebaut und Pionierarbeit auch in Sachen Akzeptanz in der Bevölkerung geleistet.“

Was fordert er politisch? „Speicherlösungen müssen mehr in den Blick genommen werden. Geringere Transportverluste in den Leitungen sprechen für die Annäherung von Erzeugungs- und Versorgungspunkten“, sagt Krabbe. Die Regionalisierung ermögliche, sagt er, im besten Falle mehr Mitsprache in den Entscheidungen und mehr Wertschöpfung in der Region. Außerdem könnten so die Lasten der Energieerzeugung, aber auch deren Vorteile, gerechter verteilt werden. Sein Appell an die große Politik: „Ich würde mir wünschen, dass besondere Leistungen unserer Bürgerschaft sich auch in der staatlichen Gemeindefinanzierung niederschlagen.“ Schließlich sei Klimaschutz durch mehr erneuerbare Energien eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht nur die des ländlichen Raumes. ❧

FOTOS/privat

INTEGRIERTER VERKEHR

STADTBUSsi Dormagen kommt wie gerufen

Die fast 65.000 Einwohnerinnen und Einwohner Dormagens können seit jeher auf ein gutes Stadtbusangebot zurückgreifen. Vor einem Jahr, zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021, ist es noch attraktiver geworden. Als langjährige Partnerin der Stadtbus Dormagen GmbH hat die BVR Busverkehr Rheinland dafür gesorgt. Das zu DB Regio gehörende Unternehmen stockte nicht nur die Flotte von 13 auf 21 Mildhybrid-Busse von MAN auf, sondern verwirklicht auch das neue On-Demand-Angebot. STADTBUSsi kommt abends und nachts auf Bestellung per App, freitags und samstags sogar bis drei Uhr morgens. Und am Wochenende zusätzlich auch tagsüber.

Für die Umsetzung des Ridepooling-Verkehrs holte die BVR zwei Konzerngeschwister ins Boot. ioki, führender ÖPNV-Softwareanbieter, entwickelte die App für Kund:innen und Fahrer:innen sowie die digitale Plattform. Für die operative Umsetzung ist CleverShuttle zuständig und steuert die LEVC-London-Taxis mit Hybridantrieb samt Fahrerinnen und Fahrern bei. „Eine ideale Konstellation“, meint Alexandra Spiolek, Leiterin der BVR-Niederlassung Rheinland, denn die jeweiligen Stärken ergänzen sich.



Die Vorteile auf einen Blick

- On Demand-Verkehre sorgen gerade im suburbanen und ländlichen Raum für mehr Mobilität.
- Sie schaffen zusätzlich Verbindungen und decken die Nachfrage in Randzeiten und Randlagen effizient ab.
- Nach der Buchung per App oder Telefon kommt das Shuttle innerhalb weniger Minuten und fährt auf schnellster Route ans Ziel.
- Ridepooling: Gibt es Fahrgäste mit ähnlichen Fahrtwünschen, werden die Fahrten gebündelt.

Die Bilanz nach dem ersten Betriebsjahr fällt positiv aus.

Für die Servicequalität des vollständig in den ÖPNV integrierten STADTBUSsi-Angebots vergeben die Nutzerinnen und Nutzer 4,8 von 5 Sternen. 97,8 Prozent der Fahrgäste erreichen pünktlich ihr Ziel. „Es freut uns sehr, dass das Premiumangebot so gut ankommt“, sagt Klaus Schmitz, Geschäftsführer der Stadtbus Dormagen GmbH. „On-Demand-Angebote sind ein wichtiger Baustein eines erfolgreichen ÖPNV.“

Dormagen ist nicht nur für ein integriertes Angebot mit Linien- und On-Demand-Verkehren ein Beispiel, sondern auch für die Kooperation zwischen den Busgesellschaften der DB, ioki und Clever Shuttle. Ab 2023 wird die Zusammenarbeit noch enger werden, um attraktive Verkehrsangebote für Fahrgäste und Aufgabenträger zu entwickeln und umzusetzen. „Die drei Partner kommen aus unterschiedlichen Zusammenhängen, arbeiten aber am selben

Thema: als Systemanbieter der straßengebundenen Mobilität persönliche Mobilitätsveränderung zu ermöglichen“, sagt Frank Klingenhöfer, Vorstand DB Regio Straße. „Von den hervorragenden Branchenkompetenzen und dem Netzwerk des Teams DB Regio Straße profitieren alle.“

Sie möchten mehr wissen?

Ihr Ansprechpartner:

Ralf Droste

✉ ralf.droste@deutschebahn.com

ZUKUNFTSPOLITIK

DAS DORF DER ELEKTROMOBILITÄT

In dem kleinen niederbayerischen Ort Ruderting stehen schon heute mehr Ladesäulen pro Kopf als in den Automobilstandorten Wolfsburg oder Stuttgart. Daher fahren auch ungewöhnlich viele Bürgerinnen und Bürger ein E-Auto.

Von ANNETTE LÜBBERS

Was tut ein guter Bürgermeister? Er geht mit gutem Beispiel voran. So sieht das jedenfalls Rudolf Müller. Er ist Rathauschef in Ruderting, einem kleinen Ort mit 3.120 Einwohnern im niederbayerischen Landkreis Passau. Die städtischen Dienstfahrzeuge sind – natürlich – Strome und auch privat fährt Rudolf Müller ein E-Auto. Mit einer Reichweite von 230 Kilometern – im Winter – und 280 Kilometern – im Sommer – könne er damit immerhin eine Woche in Kommune und Region unterwegs sein. „Das reicht“, sagt er und muss dann doch lachen. „Weniger lustig war es dagegen, den Wagen hierher zu bekommen. Ich habe ihn in Wolfsburg abgeholt und für die 600 Kilometer sage und schreibe zwölf Stunden gebraucht. Vier längere Ladestopps inklusive.“ Ein kleines Abenteuer sei das gewesen, meint der Bürgermeister, aber was solle er machen, er sei in Sachen Energiewende halt ein Überzeugungstäter.

Überzeugt von der E-Mobilität sind derzeit auch 167 andere Rudertinger. Auf eine Quote von 7,4 Prozent kommen die hier zugelassenen reinen Elektrofahrzeuge. Der bundesdeutsche Schnitt liegt aktuell gerade mal bei 1,3 Prozent. In Ruderting können sich die E-Auto-Besitzer aber auch über eine sehr hohe Dichte an Ladestationen freuen: 54 Ladesäulen stehen derzeit zur Verfügung. Zum Vergleich: Im dritten Quartal des Jahres 2022 lag die Anzahl der Ladestationen in Deutschland laut Statista bei etwa 28.900. Spitzenreiter ist derzeit die Autostadt Wolfsburg mit 396 öffentlichen Ladestationen pro 100.000 Einwohner. Anders berechnet: Auf 253 Bürger kommt in Wolfsburg eine Ladesäule, in Ruderting sind es 57 Einwohner, die sich rein rechnerisch eine Ladesäule teilen.

Harald Praml (links), hier mit Bürgermeister Müller, hat einen E-Ladepark gebaut, der auch von Bürgern genutzt werden kann.



Die erste E-Ladesäule stand schon 2013 – und zwar direkt am Rathaus. Ein kleines Statement, was dem Rat der Stadt die Energiewende wert ist. Die Gemeinde habe sich, sagt der Bürgermeister, in Sachen E-Mobilität schon engagiert, als es dafür weder einen Markt und in absehbarer Zeit auch keine Rendite gegeben habe. Dann räumt er aber ein: „So richtig Bewegung in die Sache kam allerdings erst, als ein hiesiger Unternehmer im Bereich Luftwärmepumpen und Photovoltaik auf seinem Gelände einen Lade-Park mit öffentlichen Ladestelle und Schnellladepunkten errichtete.“ Auch andere Unternehmen – etwa ein Biobäcker – haben ihre Flotte schon auf E-Autos umgestellt und weitere öffentliche Ladepunkte errichtet.

Auch wenn schon viel erreicht wurde: Rudolf Müller sieht in der Bürgerschaft noch einiges an Potential. „Deshalb hören wir als Kommune auch nicht auf, die Bürgerinnen und Bürger zum Umdenken anzuregen. Hundert Prozent werden es natürlich nie sein, aber unser seit vielen Jahren etablierter monatlicher Bürger-Energie-Stammtisch erreicht schon so einige“, unterstreicht der Bürgermeister. Dieser Stammtisch sorgt nicht nur dafür, dass die E-Mobilität in Ruderting weiter vorankommt. In

54

Ladesäulen auf 3.120 Einwohner stehen in Ruderting.

Zeiten der Energiekrise braucht es auch Bewegung in anderen Segmenten, sollen die ambitionierten Ziele der Bundesregierung erreicht werden. Derzeit produziert der Ort etwa die Hälfte des im Jahr verbrauchten Stroms selbst. Zu wenig, findet der Bürgermeister.

„Mit derzeit 297 Dachflächen-Photovoltaik-Anlagen – alle kommunalen Liegenschaften haben auch eine – erzeugen wir derzeit etwa 4,2 Gigawattstunden Strom. Aber wir haben noch annähernd 900 freie Dächer. Wenn alle verfügbaren Flächen belegt sind, dann könnten wir geschätzt weitere 13,5 GWh zusätzlich gewinnen und das muss das Ziel sein.“ Bei einem Verbrauch von jährlich etwa 10,8 wäre die kleine Ortschaft dann stromautark.

Ebenfalls auf dem Schirm der Kommune: Windkraft. Von der Sinnhaftigkeit solcher Anlagen ist Rudolf Müller überzeugt – wenn auch nicht alle seine Bürger. Aber das ficht den Bayern nicht an. „Vor zwanzig Jahren war Photovoltaik auch noch ein allgemeines Ärgernis. Damals wurde der Rohstoffverbrauch, die Entsorgung und Lebensdauer diskutiert. Jetzt sind sie allgemein akzeptiert

KOMMUNALSTELLENMARKT

TOP-JOBS DES MONATS

- > DEUTSCHE BUNDESBANK
SACHBEARBEITER*INNEN FÜR DAS LEITUNGS- UND TRESORTEAM (M/W/D)
REUTLINGEN
- > LANDESBETRIEB STRASSENBAU NORDRHEIN-WESTFALEN
SACHBEARBEITUNG ANBAU, SNR, PLAND (M/W/D)
EUSKIRCHEN
- > BUNDESANSTALT FÜR IMMOBILIENAUFGABEN
OBJEKTMANAGERIN / OBJEKTMANAGER (M/W/D)
BERLIN
- > LANDRATSAMT REUTLINGEN
VERWALTUNGSKRAFT MEDIENSERVICE (M/W/D)
REUTLINGEN BEI STUTTART

- > STADT VILLINGEN-SCHWENNINGEN
SACHBEARBEITER VERWALTUNG (M/W/D)
VILLINGEN-SCHWENNINGEN
- > LANDESAMT FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES (LAGESO)
FALLMANAGER IN DER EINGLIEDERUNGSHILFE (M/W/D)
BERLIN
- > BFS BUNDESAMT FÜR STRAHLENSCHUTZ
REFERENT*IN EPIDEMIOLOGIE, PHYSIK, MEDIZIN, BIOLOGIE (M/W/D)
COTTBUS
- > ERZBISTUM KÖLN GENERALVIKARIAT
VERWALTUNGSASSISTENZ (M/W/D)
WÜLFRAH, METTMANN

Die vollständigen Stellenausschreibungen der Top-Jobs des Monats finden Sie unter stellenmarkt.kommunal.de



In Ruderting wurde eigens ein Wald angelegt, um Holz zu gewinnen.

und nun hat ein Teil des Bürgerwillens sich gegen Windkraftanlagen positioniert.“ Er fügt hinzu: „Ich bin – wenn es um Großes geht – auch ein bisschen rabiat unterwegs. Für mich gilt: Gemeinwohl geht vor Einzelinteressen und die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, aber auch von Gas- und Ölexporturen, liegt nun mal im Gemeinwohlinteresse. Darüber lasse ich mit mir auch nicht diskutieren.“ Durch Aufklärung, Bewusstseinsbildung, Überzeugung und Best-Practice-Beispiele, Förderungen und Preisrückgänge durch Massenproduktion seien, da ist er sicher, noch viele Bürgerinnen und Bürger ins Boot zu holen.

Sparmaßnahmen stehen in diesen Zeiten auch in Ruderting hoch im Kurs: Die Straßenbeleuchtung wurde bereits auf LEDs umgestellt. Nachts, von 23 Uhr bis 5 Uhr morgen, wird die Beleuchtung sogar ganz abgestellt. „75 Prozent weniger Energie“, bilanziert der Bürgermeister und listet weitere Maßnahmen auf: Der Einbau von energieeffizienten, frequenzgesteuerten Pumpen bei Kläranlage und Pumpstationen, Heizungsanlagen und Tiefbrunnen, einschließlich neuer Steuerungen – eine Einsparung von etwa 40 Prozent. Austausch auch der gesamten Innenbeleuchtung gegen LEDs – eine Einsparung von etwa 70 Prozent. Außerdem Teil des Maßnahmenkatalogs: Der Austausch von allen

300.000

Elektroautos wurden im 1. Halbjahr 2022 deutschlandweit neu zugelassen.

Elektrogeräten in allen kommunalen Liegenschaften, die älter als zehn Jahre waren und der Einsatz von Energiemanagementsystemen zur zeitnahen Überwachung.

Bleibt die aktuelle Versorgungskrise in Sachen Öl und Gas. Die Angst vor unbezahlbaren Rechnungen, Lieferengpässen und partiellen Blackouts geht um. In diesem Bereich ist Ruderting noch nicht so aufgestellt, wie es der Bürgermeister gerne hätte. Von den 1.195 Anwesen, schätzt er, sind mindestens 1.000 mit Ölheizungen beziehungsweise Gasheizungen ausgestattet. Pellet- und Holzsplit-/ Holzheizungen sind eher die Ausnahme. Im Neubaubereich sieht es etwas besser aus: 60 bis 100 Wohneinheiten, so der Bürgermeister, verfügten inzwischen über Luft- oder Erdwärmepumpen. „Natürlich gibt es auch Häuser, die bereits energetisch nachgerüstet wurden.“ Immerhin: die kommunalen Liegenschaften habe man in den letzten Jahren auf Hackschnitzelheizungen umgestellt und in diesem Jahr einen drei Hektar großen Energiewald gepflanzt. Krisenzeiten, so fügt er nach einer Weile des Nachdenkens an, seien aber immer auch die Zeiten großer Chancen. „Natürlich müssen wir auch im Wärmesektor mittelfristig von den fossilen Energieträgern wegkommen. Das wird nun auch der Letzte in diesem Land verstanden haben.“ 

FOTOS/Gemeinde Ruderting



Ihr Partner für nachhaltige Infrastruktur

Für komplexe Neubaugebiete sind wir genau die Richtigen

Profitieren Sie bei der Entwicklung von Neubaugebieten von gebündelten Kompetenzen und effizienter Umsetzung:

Mit viel Erfahrung, Know-how und unserem kommunalen Background unterstützen wir Kommunen und Städte optimal bei der Planung, der Realisierung und dem Betrieb moderner Infrastruktur – immer maßgeschneidert, nachhaltig und wirtschaftlich. Sparen Sie Zeit und Geld mit EWE.



Lassen Sie sich unverbindlich beraten:

-  0441 803-1520
-  wowi@ewe.de
-  business.ewe.de/quartier

EWE business. Gemeinsam läuft's.

EWE VERTRIEB GmbH, Cloppenburg Straße 310, 26133 Oldenburg





UNTERSTÜTZUNG

SO KÖNNEN KOMMUNEN SPORTVEREINE STÄRKEN

Die Folgen von Corona, des Ukraine-Kriegs und steigende Energiekosten wirken sich massiv auf den Vereinssport aus. Der Präsident des Olympischen Sportbundes, Thomas Weikert, beschreibt in seinem Gastbeitrag die Wege aus der Krise.

Die russische Invasion in die Ukraine stellt auch die Sportvereine vor elementare Herausforderungen. Die durch den völkerrechtswidrigen Krieg ausgelöste Energiekrise und ihre Folgen treffen alle Bereiche der Gesellschaft. Durch die Corona-Pandemie haben Sportvereine an Mitgliedschaften verloren. Durch hohes ehrenamtliches Engagement und zahlreiche Initiativen der Sportvereine und -verbände konnte dieser Mitgliederrückgang gestoppt werden. In dieser ohnehin belastenden Situation treffen die extremen Energiepreissteigerungen die Sportvereine umso heftiger: entweder bei vereinseigenen Sportstätten direkt oder bei der Nutzung kommunaler Sportstätten mittelbar über exorbitante Umlagen.

Unsere aktuelle bundesweite Sportvereinsbefragung zeigt, dass die Energiekrise für Sportvereine im Vergleich zur Corona-Pandemie als bedrohlicher wahrgenommen wird. Mehr als 40 Prozent der Vereine erwarten starke Auswirkungen, wie Einschränkungen des Trainingsbetriebs, Schließungen einzelner Abteilungen oder Mitglieder-rückgänge durch die Energiekrise. Rund 6 Prozent der befragten Vereine fürchten sogar eine akute Existenzbedrohung, also die Auflösung des Vereins. Im Vergleich dazu: Rückblickend auf die Corona-Pandemie gaben lediglich 26 Prozent der Vereine in der aktuellen Umfrage an, dass sie starken Auswirkungen ausgesetzt waren, knapp 2 Prozent

» Rund 6 Prozent der befragten Vereine befürchten die Auflösung des Vereins.«

Thomas Weikert,
Präsident Deutscher Olympischer Sportbund



gaben an, dass sie existenzbedroht gewesen seien. Alle Sportvereine – egal ob klein oder groß – sind von den Auswirkungen der Energiekrise betroffen. Insbesondere Sportvereine mit eigenen Sportstätten stehen vor enormen finanziellen Herausforderungen. Aktuelle Schätzungen zufolge müssen sie mindestens mit einer Verdreifachung der Gaspreise rechnen.

Alle müssen in der jetzigen Phase ihren Beitrag zu Energieeinsparungen leisten. Dazu ist selbstverständlich auch der organisierte Sport bereit. Der DOSB hat bereits im Herbst einen Maßnahmenkatalog sowie einen sportstättenspezifischen Stufenplan zur Energiereduktion erarbeitet. Aus unserer aktuellen Umfrage wird deutlich, dass fast alle Sportvereine bereits zahlreiche Maßnahmen zum Energiesparen umgesetzt haben – von Änderungen des Nutzungsverhaltens über kurzfristige Umrüstungen bis hin zu langfristigen energetischen Sanierungsvorhaben.

Infolge der Pandemie und des verheerenden Krieges in der Ukraine drohen viele Kommunen in finanzielle Notlagen zu geraten. In einer solchen „Stresssituation“ neigen die Haushaltsausschüsse dazu, insbesondere bei den freiwilligen Leistungen und investiven Maßnahmen Kürzungen vorzunehmen, das trifft vor allem Sportvereine. Sportstätten sind Grundlage für den Breiten- und Leistungssport von rund 27 Millionen



Mitgliedschaften unter dem Dach des DOSB, für den Schulsport und die Sportlehrerausbildung an Hochschulen. Sie sind Orte für Bildung, Gesundheit, für Integration und Inklusion und viele weitere Elemente, die unsere Gesellschaft stärken. Sportstätten sind – neben Personal und Finanzen – die wichtigste Ressource des Sports. Kurzum: Ohne Sporthallen kein Sport – so einfach ist das. Eine Schließung von Sportstätten würde zwangsläufig zu erneuten Mitgliedsaustritten aus den Sportvereinen führen.

Wie können Kommunen ihre Sportvereine unterstützen und sie stärken? Die oberste Prämisse der Kommunen muss sein, die Sporthallen und die für das Schwimmenlernen geeigneten Bäder beziehungsweise Wasserflächen so lange wie möglich geöffnet zu lassen und diese intensiv zu nutzen. Bei drohenden Schließenszenarien von Sportstätten durch die Energiekrise bitten wir darum, dass sich Kommunen mit den Sportvereinen an einen Tisch setzen und gemeinsam Lösungen erarbeiten, um Sportstätten offen zu halten. Sportvereine mit vereinseigenen Sportstätten Unterstützung anzubieten ist ebenso wichtig. So könnten Energieberater der Kommunen Energiechecks zur Optimierung von



vereinseigenen Sportstätten durchführen. Hierdurch könnten Sportstätten ihr Energiesparpotential maximieren und dadurch einerseits Energie und dadurch andererseits Kosten einsparen. Auch beim Erarbeiten von alternativen und neuen Konzepten zur Nutzung von Sportstätten können Kommunen einen wichtigen Beitrag leisten.

Der verheerende Krieg in der Ukraine führt aktuell – und vor allem in den kalten Wintermonaten – wieder zu einer Zunahme an Zufluchtssuchenden in Deutschland. Gerade der Sport spielt eine wichtige Rolle bei der Integration von Menschen fremder Herkunft. Der Sport kann jedoch nur helfen, wenn er seine Sportstätten auch in seiner vorhergesehenen Funktion nutzen kann. Aktuell müssen wir jedoch mit Sorge feststellen, dass – ähnlich wie in den herausfordernden Jahren 2015 und 2016 – Kommunen bereits vereinzelt Sport- und Turnhallen sowie Sportstätten für die Unterbringung von Geflüchteten zweckentfremdet haben. Wir appellieren daher an alle Kommunen, alternative, besser geeignete Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete bereitzustellen als Sporthallen. Hierzu bieten wir an, gemeinsam an Ideen zu arbeiten und in Gespräche zu kommen. 

KLIMASCHUTZ MIT MESSER UND GABEL

Global denken, lokal handeln: Kommunen haben vielfältige Möglichkeiten, um wirksamen Klima- und Umweltschutz zu betreiben. Während diese in der Energie- und Mobilitätspolitik immer mehr ausgeschöpft werden, steht das Thema Ernährung noch häufig hinten an. Doch gerade der Einsatz von Bio-Lebensmitteln in öffentlichen Küchen kann einen wichtigen Beitrag leisten.

Umweltverträglich, ressourcenschonend und nachhaltig: Aus diesen Gründen landen Bio-Produkte immer häufiger in den Einkaufskörben vieler Verbraucherinnen und Verbraucher. Das ist auch für Kommunen ein gutes Argument, in den eigenen Verpflegungseinrichtungen auf ökologisch erzeugte Lebensmittel zu setzen.

Nachhaltigere Speisepläne entsprechen dabei nicht nur dem Geschmack der Kantinen-gäste. Sie stehen auch für eine umweltgerechte Landwirtschaft. Damit ist Bio ein starkes ernährungspolitisches Symbol. Wenn eine Kommunalverwaltung auf Bio-Produkte setzt, geht sie mit gutem Vorbild voran. Sie kann Bürgerinnen und Bürger oder andere Einrichtungen zu einem nachhaltigen und wertschätzenden Umgang mit Lebensmitteln motivieren.



Abb. 1: Wie der Einsatz von Bio-Lebensmitteln in öffentlichen Küchen auf fünf der 17 Ziele (SDGs) der UN einzahlt (Bild: BLE / BioBitte)

Bio-Lebensmittel als Teil kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien

Mehr Bio-Lebensmittel in öffentlichen Küchen tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung in einer Kommune bei. Schließlich zahlen der Öko-Landbau und seine Erzeugnisse, vor Ort in den Städten und

Gemeinden, auf eine Reihe von Zielen (SDGs) für die nachhaltige globale Entwicklung der UN ein (vgl. Abb. 1).

Wie erfolgreich sich Bio-Lebensmittel in Einrichtungen der öffentlichen Außer-Haus-Verpflegung einsetzen lassen, hängt oft von den individuellen Gegebenheiten vor Ort ab.

Erfolgsfaktoren für mehr Bio in der Kommune

Wichtig ist es, die Umsetzungsbereiche von Kitas und Schulen über öffentliche Kantinen und Kliniken bis hin zu Veranstaltungen zu identifizieren. Der erste Schritt ist dazu die Bestandsaufnahme, zum Beispiel wo und wie viel Bio bereits eingesetzt wird.

1 **Wichtige Umsetzungsbereiche identifizieren**

z.B. Kita- und Schulverpflegung, öffentliche Kantinen, Veranstaltungen, Besprechungen

2 **Gute Zusammenarbeit**

zwischen Politik, Verwaltung und NGOs (z.B. Ernährungsräte und Vereine)

3 **Verbindlicher politischer Beschluss**

evtl. mit Vorgabe eines konkreten, prozentualen Bio-Lebensmittel-Anteils in der Gemeinschaftsverpflegung

Abb. 2: Erfolgsfaktoren für mehr Bio in der Kommune (Bild: BLE / BioBitte)

Eine gute Zusammenarbeit, insbesondere zwischen Politik und Verwaltung, ist wesentlich für den Erfolg. Wer sind die entscheidenden Personen vor Ort? Wen müssen wir erreichen? Diese Personen gilt es frühzeitig einzubinden.

Am Ende sollte ein verbindlicher politischer Beschluss zum Bio-Einsatz stehen, damit die Verwaltung auch die politische Rückendeckung für die Umsetzung hat. Im Ratsbeschluss sollte ein konkretes Ziel festgelegt sein (Beispiel: „Mindestens 30 Prozent Bio in der Kita- und Schulverpflegung bis 2025“). Je konkreter das Ziel ist, desto klarer werden die Aufgaben für die Verwaltung in der Umsetzung.

Erfahrungen aus der guten Praxis

Im Netzwerk der Bio-Städte, in dem sich Kommunen gemeinsam für ein besseres Bio-Angebot vor Ort einsetzen, hat man mit diesen Erfolgsfaktoren gute Erfahrungen gemacht.
Dr. Werner Ebert ist



Foto: BLE

Wie zahlt der Bio-Einsatz auf kommunale Nachhaltigkeitsstrategien ein? Wie lässt er sich in Ratsbeschlüssen verankern? Antworten geben die Infomaterialien der Initiative BioBitte:

bio-bitte.info



Geschäftsführer des Netzwerks und weiß, worauf es ankommt: „Ganz wichtig ist es, durch die Kommunalparlamente Rückenwind für das Thema Bio zu haben. Im Stadtrat sollte ein entsprechender Grundsatzbeschluss gefasst werden. Außerdem muss der Bio-Einsatz auch durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den ernährungsrelevanten Bereichen der Kommune – wie zum Beispiel Kitas und Schulen – verankert sein.“

Zum Interview:



Wie unterstützt BioBitte Kommunen auf ihrem Weg zu mehr Bio?

- Infoblätter, Präsentationen und Praxisbeispiele unterstützen Akteure aus Politik und Verwaltung bei den ersten Schritten.
- Kommunale Veranstaltungen geben erste Impulse, fördern den Austausch vor Ort und diskutieren Themen rund um den Bio-Einsatz in öffentlichen Küchen mit Expertinnen und Experten.

Sie möchten in Ihrer Kommune eine Veranstaltung ausrichten? Schreiben Sie uns: veranstaltungen@bio-bitte.info Alle Informationen zur Initiative und ihren Angeboten unter: bio-bitte.info

PROJEKT

DAS „FÜR-EUCH-MOBIL“ AUF DEM LAND

Der öffentliche Personennahverkehr ist in ländlichen Regionen oft schlecht ausgebaut. Senioren oder behinderte Menschen tun sich besonders schwer. Das Problem hat eine Stadt mit Hilfe von Ehrenamtlichen kostengünstig und vor allem effektiv gelöst!



Von DOROTHEA WALCHSHÄUSL

Unabhängigkeit hat viele Facetten: Eine davon kann sein, dann, wenn man möchte, mit dem Auto in den Supermarkt oder ins Café zu fahren, ohne dass sich dafür ein Angehöriger Zeit nehmen muss. Genau das ist mit dem Auto jetzt auch in der Kleinstadt Prenzlau in Brandenburg möglich. Gedacht ist das Angebot für Senioren und Menschen mit Gehbehinderungen. Beim „Für Euch-Mobil“ handelt es sich um ein Bürgerauto, das von mobilitätseingeschränkten Bürgern gebucht werden kann und das von ehrenamtlichen Fahrern gefahren wird.

Silke Liebher leitet in der Stadtverwaltung Prenzlau den Bereich Wirtschaftsförderung und Tourismus und betreut das Projekt „Pflege vor Ort“. Ein Teil davon ist auch das Mobil. „Das Für-Euch-Mobil soll die Lebensqualität im ländlichen Raum erhöhen“, sagt Liebher, „und barrierefreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.“ Die Voraussetzung für eine Nutzung des Angebots sei schlicht eine Einschränkung der Mobilität und ein Pflegebedarf.

Wünscht jemand einen Transport mit dem „Für-Euch-Mobil“, meldet er sich mindestens 24

K+

Den ganzen Artikel finden Sie bei uns hier im **KOMMUNAL.Plus**-Bereich:



Stunden vor gewünschter Abfahrt unter einer Hotline. Dort gibt er seinen Namen, die Personenanzahl, den Startpunkt, die Abfahrtszeit, den Zielort, die Rückfahrzeit und eine Rückrufnummer an. Anschließend wird der Bedarf mit einer Gruppe ehrenamtlicher Fahrer koordiniert. Das Auto ist montags bis donnerstags von 8 bis 15 Uhr und freitags von 8 bis 12 Uhr buchbar. Noch handelt es sich beim „Für-Euch-Mobil“ um ein kleines E-Auto, bald schon soll dieses einem komfortablen 7-Sitzer weichen. Aktuell teilen sich zwei ehrenamtliche Fahrer die Fahrten untereinander auf. Sie werden vorher geschult. Für ihren Einsatz erhalten die Fahrer eine kleine Aufwandsentschädigung; die Fahrgäste bezahlen derweil ein Kilometer-Geld.

Das „Für-Euch-Mobil“ ist ein Kooperationsprojekt der Stadt Prenzlau und der Ländlichen Arbeitsförderung Prenzlau e.V. Wie Liebher berichtet, übernimmt der Verein die Koordination der Fahrgäste und Fahrer, die Kommune kümmert sich um das Marketing, die Versicherung des Autos und die Abwicklung der Förderungen. Die Kosten pro Jahr belaufen sich aktuell auf 31.000 Euro, 24.800 Euro davon werden bezuschusst, die restlichen 6.200 Euro zahlt die Kommune. **K+**

FOTOS/ Adobe Stock

K+

Familienfreundlichkeit: Warum eine Stadträtin entnervt aufgegeben hat

K+

WOMIT DÜRFEN KOMMUNALE BETRIEBE **GELD VERDIENEN?**

K+

Wie eine Kommune sich schützt: Hacker drohen mit Angriff auf Trinkwasserversorgung

Das Beste des Monats aus

K+

K+

Wie das Ehrenamt digital erfolgreich sein kann

K+

Blaupause gegen Ärztemangel: So lockt ein Landkreis Ärzte in die Region

K+

Innovative Kläranlage: So wird die Wasserqualität im Ort noch besser



JETZT BESTELLEN



KOMMUNAL.PLUS

LAND

& LEUTE

PORTRÄT

Bürgermeister setzt
auf Heavy-Metal
Seite 58

AKTION

Bürgermeister lässt
sich mieten
Seite 60



PATTSITUATIONEN

WAHL PER ÜBERRASCHUNGSEI

Was tun, wenn zwei Kandidaten exakt die gleiche Stimmenzahl erhalten? Wählen, bis das Ergebnis passt? Schwierig, wenn dafür die Bürger möglicherweise mehrfach an die Urnen müssen. Und so gibt es im Grundgesetz kuriose Möglichkeiten, etwa einen Bürgermeister auch per Losverfahren zu bestimmen.

Von CHRISTIAN ERHARDT

Losentscheide und Lotterien bei Wahlen sind seit den alten Griechen ein beliebtes Mittel zur Entscheidung. Damals, im alten Athen, der "Wiege der Demokratie", wurde der sogenannte „Rat der 500“ per Losverfahren besetzt. Der Vorteil: Alle gesellschaftlichen Gruppen hatten automatisch die gleiche Chance, es brauchte auch keine langwierigen Wahlverfahren oder eine Frauenquote. Auch Populisten haben bei diesem Wahlverfahren keine höhere Chance. In Deutschland jedoch entscheidet das Los meist in Situationen, in denen es keinen eindeutigen Wahlsieger gibt. Jüngst beispielsweise im Gemeinderat in Altenpleen in Mecklenburg-Vorpommern. Die Vorgeschichte ist einfach: Die kleine Gemeinde in der Nähe von Stralsund hatte Bürgermeisterwahlen. Vier Kandidaten traten an, zwei kamen in die Stichwahl. Der Ort hat rund 1.000 Einwohner und gut 800 Wahlberechtigte. Beim Ergebnis des zweiten Wahlgangs rieben sich die beiden Kandidaten dann aber doch die Augen: Sie bekamen jeweils 204 Stimmen. Eine Patt-Situation.

Nahezu alle Kommunalverfassungen in Deutschland haben für eine solche Situation Vorsorge getragen. So auch die Wahlordnung in Mecklenburg-Vorpommern. Sie sieht vor, dass per Lotterie entschieden wird. Konkret heißt es in den Landeskommunalwahlgesetzen, dass das Los entscheiden muss. Genaue Vorgaben, wie das passieren muss, werden meist nicht gemacht.

Und so entschied man sich in der kleinen Gemeinde Altenpleen dafür, gelbe Plastikugeln zu nutzen. Sogenannte Ü-Eier. Ines Materna-Braun von der Gemeinde erklärte: „Wir haben uns bei dem Verfahren über das Internet vom Fall einer anderen deutschen Gemeinde inspirieren lassen.“ Um es kurz zu machen: Die beiden parteilosen Kandidaten mussten zittern, beide Namen wurden auf Zettel geschrieben. Und die kamen dann in jeweils ein gelbes Überraschung-Ei. Dann wurde geschüttelt und gezogen. Gewonnen hat der parteilose 41-jährige Beamte Martin Diedrich. Er hatte übrigens im ersten Wahlgang bereits die meisten Stimmen, jedoch keine absolute Mehrheit. Genau genommen waren es damals fünf Stimmen mehr als sein Herausforderer in der Stichwahl.

Der Unterlegene nahm es übrigens mit Humor und erklärte nach der Lotterie und der Ziehung des Ü-Eis: „Es fühlt sich an wie ein Mau-Mau-Spiel, bei dem ich verloren habe. Es ist halt so.“ Die „Inspiration“, wie es die Gemeindemitarbeiterin nann-



Im Ostalbkreis in Baden-Württemberg wurde auch schon ein Landrat per Lotterie ins Amt gehoben. Das war im Jahr 1996. Der amtierende Landrat war nicht wieder angetreten und so kam es im Kreistag zur Abstimmung. Insgesamt 3 Wahlgänge gab es und beide Kandidaten erhielten jeweils 40 Stimmen. Die Wahlordnung in Baden-Württemberg sieht in einem solchen Fall nach dreimaligem Patt einen Losentscheid vor. Und in dem gewann dann der bisherige Bürgermeister der Gemeinde Boll im Landkreis Göppingen, Klaus Pavel. Er wurde übrigens in der Folge mehrfach wiedergewählt und blieb bis zum Jahr 2020 Landrat, bis er aus Altersgründen nicht erneut antrat.

Vom Grundgesetz ist ein solches Wahlverfahren übrigens absegnet, obwohl es dort ja eigentlich heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ und nicht: „Alle Staatsgewalt geht vom Überraschung-Ei aus.“ Die Juristen sprechen in Patt-Situationen von einem „Notbehelf“. Der Zufall entscheide unabhängiger als irgendeine Person, der man in einem solchen „Notfall“ die Entscheidungsgewalt übertragen müsste. ❌

te, hatte sich die Verwaltung von Altenpleen übrigens in Neu-Wulmstorf in Niedersachsen geholt. Dort kam es schon Ende des Jahres 2006 zu einer ähnlich kuriosen Situation. Dort konnte sich der Gemeinderat damals nicht auf einen zweiten stellvertretenden Bürgermeister einigen, nach zwei Wahlgängen stand es immer noch unentschieden. Und auch die niedersächsische Gemeindeordnung sieht in einem solchen Fall ein Losverfahren vor. Auch in Neu-Wulmstorf nahm man also die Namen der beiden Kandidaten und steckte sie in gelbe Überraschungs-Plastikhülsen. Der erste Bürgermeister durfte dort damals ziehen.

Was klingt wie ein extrem seltener Zufall, ist so unrealistisch gar nicht. Zwar dominieren medial immer wieder Orte, in denen sich niemand findet, der den - meist dann ehrenamtlichen - Bürgermeisterposten übernehmen möchte - es gibt auch in vielen Orten eine ganze Reihe von Kandidaten, die sich bereit erklären, „das schönste Ehrenamt der Welt“ zu übernehmen. Und gerade in kleineren Gemeinden kommt es dabei immer wieder zu Patt-Situationen.

So ist es noch kein Jahr her, dass die Situation auch in Hessen erstmals auftrat. In der Gemeinde Ahnatal im Landkreis Kassel hatte Stephan Hänes zwar nicht mehr Stimmen als sein Herausforderer, aber mehr Glück. Auch hier hatte die Bürgermeister-Stichwahl ein Patt ergeben. Die 8100 Einwohner hatten sich mit jeweils 2.106 Stimmen für einen der beiden verbliebenen Kandidaten entschieden. Einer der beiden Kandidaten war der bisherige Amtsinhaber Michael Aufenanger. Er hatte im ersten Wahlgang mit knapp 47 Prozent der Stimmen

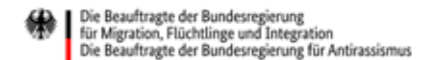
zwar die meisten Stimmen auf sich vereinen können, aber keine absolute Mehrheit erreicht. Sein Herausforderer Stephan Hänes kam damals auf gut 45 Prozent. So mussten beide in die Stichwahl. Aufgrund der Patt-Situation schrieb dann auch die Hessische Gemeindeordnung vor, dass es einen Losentscheid geben muss. Der Wahlleiter diente bei der Lotterie dann als Glücksfee. Pech für den bisherigen Amtsinhaber, der zum Jahreswechsel sein Amt räumen musste. In Hessen war es übrigens das erste Mal, dass ein Bürgermeister per Lotterie gekürt wurde.



SONDERVERÖFFENTLICHUNG



Gefördert durch:



BUNDESPROJEKT

Starke Kommunen gegen Rassismus und Hass



72 % der Bürgermeister:innen in Deutschland haben Hass und Anfeindungen erfahren. 79 % der Verwaltungsmitarbeitenden sind betroffen. Rassistische und rechtsextremistische Motive sind weitverbreitet.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und für Antirassismus

fördert deshalb das Projekt „Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass – gemeinsam Entscheidungsträger:innen stärken“, kurz KomMA. Bis 2025 entwickeln zehn Modellkommunen antirassistische Strategiekonzepte und Unterstützungsangebote im Umgang mit Rassismus und Hass. Das Beratungshaus IMAP setzt das Projekt um.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Bewerben Sie sich bis zum 28.02.23 als Modellkommune. Die Teilnahme wird zu 100 % gefördert.

Weitere Informationen unter: www.imap-institut.de/de/kommunale-allianzen



FOTOS/ Adobe Stock

FOTOS/ Adobe Stock

Wacken
Kreis Steinburg

PORTRÄT

DAS DORF DER WUMMERNDEN BÄSSE

Axel Kunkel ist Bürgermeister in Wacken. Tausende zieht es jedes Jahr zum Heavy-Metal-Festival in die schleswig-holsteinische Provinz.

Von BENJAMIN LASSIWE

Anfang Dezember ist von wummern den Bässen in Holstein nichts zu hören. Wabernde Nebelschwaden hängen über den abgeernteten Feldern. Nur wenige Fahrgäste sitzen im Überlandbus von Itzehoe. Wacken ist das letzte Dorf auf seiner Reise. Bürgermeister Axel Kunkel begrüßt Besucher im Feuerwehrgerätehaus: Wacken hat kein eigenes Rathaus. Viele Sitzungen finden bei der Feuerwehr statt. „Der Gemeinderat tagt in der Kneipe“, sagt Kunkel. Ohnehin trafen sich die Kommunalpolitiker meist abends. Denn in Wacken sind sie alle Ehrenamtler, auch der Bürgermeister.

Jedes Jahr im August wummern die Bässe über die Wiesen von Wacken. Das 2.000-Einwohner-Dorf im Schleswig-Holsteinischen Kreis Steinburg ist für das „Wacken Open Air“, eines der größten Heavy-Metal-Festivals, mittlerweile weltbekannt. In seinem Hauptberuf ist Kunkel Bauingenieur – im Ehrenamt nennt er sich selbst den „Hausmeister“ von Wacken. „Mich rufen die Menschen an, wenn eine Straßenlaterne repariert werden muss, oder

auf dem Weg ein neues Schlagloch ist.“ Und Kunkel kümmert sich. Die Verwaltungsangelegenheiten der Gemeinde Wacken erledigt dagegen das Amt Schenefeld – aber auch so gibt es für den Bürgermeister noch jede Menge zu tun. Bis zu drei Stunden pro Tag wendet er auf sein Ehrenamt auf. „Mal muss eine Mitarbeiterin in der Kita verabschiedet werden, mal tagt der Finanzausschuss“, sagt Kunkel. „Irgendwas ist täglich.“ Im Moment sucht Axel Kunkel nach einem Grundstück für den Neubau eines Altenheims. „Da frage ich dann die Landwirte, ob sie Flächen abtreten wollen“, sagt Kunkel. Als Ortsansässiger wisse er ja, wer wo Flächen habe. „Das ist ganz schwierig, aber das ist der Job eines Bürgermeisters.“

Wichtig ist in einem Dorf wie Wacken vor allem die Daseinsvorsorge. Denn Wacken ist in der schleswig-holsteinischen Landesplanung ein „zentraler Ort“: In der Hierarchie kommt es nach den Ober-, Mittel- und Unterzentren, aber vor den ganz normalen Dörfern. Für den Bürgermeister und den Gemeinderat schafft das zusätzliche Arbeit. „Wir müssen dafür sorgen, dass wir eine ärztliche und zahnärztliche Versorgung haben, dass wir eine Schule haben und Kindergartenplätze anbieten“, sagt Kunkel. „Dazu kommen dann Versorgungsfunktionen wie Supermärkte, Banken oder eine Tankstelle.“ Dabei ist der Bürgermeister Realist. „Oft haben wir keinen Einfluss darauf, was bei uns geschieht“, sagt Kunkel. „Aber manchmal können wir Weichen stellen.“ Für eine neue Ärztin hat die Gemeinde eine Praxis errichtet, für einen Zahnarzt eines der begehrten Baugrundstücke reserviert.

Und das „Wacken Open Air“? Die Gemeinde profitiert von dessen Bekanntheit. Dass es in Wacken relativ frühzeitig einen flächendeckenden Glasfaseranschluss für alle Häuser gab, hing wohl auch damit zusammen, dass dem Anbieter der Name „Wacken“ ein Begriff war. „Und welche Gemeinde hat ein Schwimmbad, mit 2.300 Quadratmetern Wasserfläche, top gelegen, gut in Schuss?“, fragt Kunkel. Die Gewerbesteuern des Festivals trügen dazu bei, dass Wacken sich so etwas leisten könne. Dazu sind die Veranstalter auch gern als Sponsoren aktiv, zum Beispiel wenn ein Sportverein neue Trikots braucht. Und viele Einwohner nehmen sich im August ein paar Tage frei von ihrer Arbeit, um sich mit einem Aushilfsjob beim Open Air etwas hinzuverdienen. Oder sie vermieten ihre Vorgärten als Zeltplätze. „Auch das ist Wertschöpfung in der Gemeinde“, sagt Kunkel. In den Anfangsjahren hätten die Menschen das Festival noch kritischer

FOTOS: WOA Festival GmbH, Benjamin Lassiwe



Auf über 240 Hektar findet jedes Jahr das Wacken-Open-Air statt.

„Heute zweifelt in der Gemeinde niemand mehr am ‚Wacken Open Air‘“

Axel Kunkel,
Bürgermeister in
Wacken

gesehen. Aber damals habe es auch noch ein Müllproblem gegeben. „Die Menschen ließen überall ihren Dreck liegen.“ Doch es habe eben auch keine Mülltonnen gegeben, sagt der Bürgermeister. „In der Gemeindevertretung gab es durchaus Stimmen gegen das Festival – doch wir Jüngeren haben gesagt: Wir müssen mit den Veranstaltern reden und das müssen die besser in den Griff bekommen – und das hat dann geklappt.“ Heute zweifelt in der Gemeinde niemand mehr am „Wacken Open Air“. **Was ihn in die Kommunalpolitik gebracht hat?** „Im Sportverein war ich irgendwann mal Jugendwart, später dann Kassenwart“, sagt Kunkel. Er zog in den Gemeinderat ein. Als der damalige Amtsinhaber zwei Jahre später an den Folgen einer schweren Krankheit starb, wurde er Bürgermeister. Weitermachen allerdings will Kunkel nicht mehr. Bei der Kommunalwahl 2023 tritt er nicht mehr an. „Es müssen auch mal jüngere Leute ran“, sagt der Bürgermeister, der im Sommer in Pension gehen wird. „Und irgendwie bröckelt auch die Lust dazu.“ Denn überbordende Vorschriften und Regularien machen es einem Ehrenamtler schwer, sich als Bürgermeister zu engagieren. „Mittlerweile müssen wir sogar die Temperaturen im Kühlschrank unserer Kita messen und dokumentieren“, stöhnt Kunkel. „Die ausufernde Bürokratie, das ist im Moment das Schlimmste – das schafft man oft nicht mehr.“ Um diese Probleme werden sich andere kümmern müssen. Was der Wackener Bürgermeister ihnen mit auf den Weg gibt? „Man muss mal zuhören können, und man muss gesunden Menschenverstand haben“, sagt Kunkel. „Aber man muss vor allem auch mal sagen: Ich mach das jetzt einfach.“ Dann nämlich gelingt es auch einer Gemeinde wie Wacken, Dinge zu bewegen – und Ort eines der weltgrößten Heavy-Metal-Festivals zu werden. ☺

AKTION

DIESER BÜRGERMEISTER LÄSST SICH MIETEN

In der 10.000-Einwohner-Gemeinde Walzbachtal im Kreis Karlsruhe können Bürger und Unternehmen den Rathauschef für einige Stunden zu sich holen. Davon profitieren alle.

Von GUDRUN MALLWITZ

Timur Özcan gewinnt wertvolle Einblicke in den Alltag der Bürger, Vereine, örtlichen Unternehmen und kommunalen Einrichtungen – und er packt auch noch mit an. Möglich macht das die von ihm gestartete Aktion „Rent a Bürgermeister“. Er sagt: „Ich will, dass die Menschen nicht nur zu mir in die Sprechstunde kommen, sie können mich auch zu sich holen.“ Und das zahle sich aus – für beide Seiten. Ein Beispiel: Zuletzt war er für den gemeindlichen Bauhof mit dem Presslufthammer im Einsatz, einen Kanal-Kontrollschacht auf der Straße erneuern. „Ich lernte dabei nicht nur das Team kennen, sondern weiß nun auch, was da geleistet wird, wie hart eine solche körperliche Arbeit ist“, erzählt Timur Özcan. Er erläutert den Effekt mit einem Beispiel: „Jemand kann mir zwar erklären, wie Fahrradfahren funktioniert, ich lerne es aber nur, wenn ich es selbst ausprobiere und übe.“ Was ihm wichtig ist: „Als Rathauschef und Entscheidungsträger will ich wissen, wie Entscheidungen sich auswirken, vor welchen Herausforderungen und Alltagssituationen die Menschen stehen.“ So half er zum Beispiel im Seniorenzentrum „Haus am Losenberg“ im Ortsteil Wössingen mit. Gemeinsam mit den Mitgliedern des TV Wössingen, TSV Jöhlingen, FV Wössingen und FC Jöhlingen sammelte er Altpapier ein, der komplette Erlös der Aktion kam der Jugendarbeit zugute.

Beim Senioren-Treffen des christlichen Krankenpflegevereins spendete der Bürgermeister aus seiner Privat-Kasse den Kaffee und erfuhr in der Runde, wie es allen so geht. „Wir kommen auf solchen Wegen wunderbar ins Gespräch“, sagt er. Auch örtliche Unternehmen können ihn auf Wunsch mieten – allerdings nur gegen Spenden für einen guten Zweck. Im Einsatz für den örtlichen Getränkefachhandel in Jöhlingen lieferte er Was-



ser-, Saft- und Bierkästen an die Häuser der Kunden. „Ich habe mir von Anfang an mehr Bürgernähe auf die Fahnen geschrieben“, so Özcan. Er zieht ein durchwegs positives Fazit – und kann das bürgernahe Projekt anderen Bürgermeistern nur empfehlen. „Zeit hat man nicht, Zeit muss man sich nehmen. Die so wertvollen und gleichzeitig nützlichen Einblicke, die ich seit dem Start der Aktion erhalten habe, sind Gold wert für mich – und die Bürger freuen sich über den ungezwungenen Kontakt.“

FOTOS/ Gundo Sanders

KGSt-DENKANSTÖSSE

TRANSFORMATION – KOMMUNALE NOTWENDIGKEIT IN DER KLIMAKRISE

Die Zeit drängt. Klimaschutz und Klimafolgenanpassung dulden keinen Aufschub mehr, das Tun bzw. das Unterlassen von heute legt die Basis für Entwicklungen von morgen.

Dabei kommt es darauf an, die Bewältigung der Herausforderungen nicht als singuläres Projekt zu begreifen, sondern als ganzheitlichen Transformationsprozess auf mehreren Ebenen:

- Innerhalb der Verwaltung müssen sämtliche Aktivitäten auf ihre Klimarelevanz überprüft und hin zu nachhaltigem Verhalten umgestellt werden, wie etwa bei Gebäudeerstellung und -betrieb, Beschaffung klimafreundlicher Güter und Dienstleistungen, Umsetzung des Prinzips der Kreislaufwirtschaft, betrieblicher Mobilität etc. Viele Potenziale liegen in der Stadtentwicklung: beispielsweise Verkehrsplanung und -steuerung, Gestaltung von Bebauungsplänen, hitzeresiliente Stadtplanung mit Stadtbegrünung und Frischluftschneisen, Hochwasserschutz, Starkregenvorsorge, Risikovorsorge mit Notfall- und Hitzeaktionsplänen.
- Die lokale Gemeinschaft – also Bürgerinnen und Bürger, Gewerbe, Industrie – muss informiert, sensibilisiert, aktiviert und bei ihren jeweiligen

FOTOS/ Adobe Stock KGSt



Anstrengungen unterstützt werden. Diese Akteure müssen ebenfalls unabdingbar Treibhausgasemissionen vermeiden, um weiteren Temperaturanstieg verhindern zu helfen. Das Bewusstsein für eigene Risiken durch die Folgen des Klimawandels muss vielfach noch geweckt werden, damit jede und jeder erkennen kann, was in Eigenregie vorsorglich zur Vermeidung oder Verhinderung von Schäden in Notfallsituationen unternommen werden kann. Wer um sein individuelles Risiko weiß, kann sich besser schützen.

- Klimaschutz und Klimafolgenanpassung machen nicht an Kreis- oder Gemeindegrenzen halt. Oft sind Kommunen, neben gleich gelagerten Interessen, schon allein durch ihre topografische

Lage miteinander verbunden, beispielsweise durch Tallagen oder Flussläufe. Vernetztes Handeln schafft Erkenntnisgewinne und bündelt die Kräfte, sei es durch Informations- und Wissensaustausch, aber auch durch konkrete gemeinsame Aktivitäten und Projekte. Darüber hinaus schafft interkommunale

Zusammenarbeit in diesem Kontext auch wirtschaftliche Synergien.

Neben den Bestrebungen von Bund und Ländern kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. Sie können vor Ort Eckpunkte setzen, die wirkungsvolles Handeln in der Klimakrise wesentlich verstärken. Dies können sie umso besser, als sie sich als Netzwerkkommune begreifen und entsprechend handeln. Die notwendige Transformation kann nur gemeinsam gelingen!

Die KGSt hat ein Positionspapier zum Thema Klimaschutz und Klimafolgenanpassung veröffentlicht, das unter www.kgst.de/doc/20221122A0004 abgerufen werden kann.

Darauf aufbauend erscheint in Kürze der KGSt®-Bericht 2/2023 mit konkreten Handreichungen und Empfehlungen.

Elke Grossenbacher ist Referentin im Programmbereich Organisations- und Informationsmanagement der KGSt



MEHR INFORMATIONEN

✉ Elke.Grossenbacher@kgst.de

www.kgst.de
www.kgst.de/quellenfundus-klima
www.facebook.com/KGSt.de
www.instagram.com/kgst_de
www.twitter.com/KGSt_de
www.linkedin.com/company/kgst/
www.kgst-forum.de



BADEN-WÜRTTEMBERG



Bürgerforen bei Gesetzesvorhaben

Künftig wird es in Baden-Württemberg zu wichtigen Gesetzentwürfen der Landesregierung ein beratendes Bürgerforum geben. Zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sollen den ersten Gesetzentwurf erörtern. Die Landesregierung setzt sich dann mit den beim Bürgerforum erarbeiteten Vorschlägen

auseinander – zeitlich parallel zur Anhörung der Verbände. Erst danach beschließt die Landesregierung, mit welchem Entwurf sie ins parlamentarische Verfahren geht. Das Landeskabinett hat beschlossen, zwei Bürgerforen bei herausragenden, politisch-relevanten Gesetzentwürfen pro Jahr zu finanzieren.

Technologieführer auf dem Land

Die 19. Auswahlrunde der Technologie-Förderung „Spitze auf dem Land! Technologieführer für Baden-Württemberg“ ist abgeschlossen. Das Land unterstützt acht hoch innovative Unternehmen im ländlichen Raum mit 3,3 Millionen Euro. Damit will es den Ausbau der Technologieführerschaft Baden-Württem-

bergs sowie den Ideenreichtum im Land stärken. Die Fördermittel stammen aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) und dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Gefördert werden Unternehmen in Achern, Villingendorf, Stockach, Wurmlingen sowie Neubulach, Aichstetten, Wolfegg und Lauda-Königshofen.



BRANDENBURG



Potsdam rüstet Busflotte um

Zwischen 2023 und 2025 will der ViP-Verkehrsbetrieb Potsdam 23 Dieselbusse durch Elektrobusse ersetzen. Dies entspricht einem Anteil von E-Bussen im Jahr 2025 von rund 38 Prozent. Bis 2030 sollen 33 weitere Dieselbusse Elektrobusse weichen. Damit wären dann 93 Prozent der Busse umgerüstet. Die verbleibenden

vier Fahrzeuge werden 2031 durch Elektrobusse ersetzt, so dass die Flotte der ViP im Jahr 2031 ausschließlich aus Elektrobusen bestehen wird. Durch eine vollständige Umstellung können in der Landeshauptstadt Potsdam laut der jetzt vorgelegten Machbarkeitsstudie rund 4.868 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden.

Bücheraustausch an Bushaltestelle

In Neuhausen/Spree wird eine Bushaltestelle im Ortsteil Koppatz zum Bücheraustausch und Treffpunkt umgebaut. Brandenburgs Infrastrukturstaatssekretär Rainer Genilke übergab dazu dem Förderverein Spielplatz Koppatz e.V. einen Lottomittelscheck. Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung unter-

stützt das Projekt mit 20.000 Euro aus der Konzessionsabgabe Lotto des Landes. Die erste Haltestelle wurde bereits in Eigenleistung instandgesetzt und verschönert. Für die zweite Haltestelle gibt es nun weitere Ideen: Dort soll auch über die Ortschronik informiert werden und Sitzgelegenheiten sollen einladen.



BAYERN

Direktvermarktung: Automat boomt

Immer mehr Landwirte in Bayern setzen bei der Direktvermarktung ihrer Produkte auf den Automaten. Das hat eine neue Erhebung der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) ergeben. Laut Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat sich die Zahl der Automaten in der Direktvermarktung in den vergangenen sechs Jahren

verdreifacht. „Inzwischen können die Kunden in Bayern an 512 Standorten rund um die Uhr regionale Lebensmittel am Automaten einkaufen.“ Angeboten werden vor allem Milch und Milchprodukte, aber auch Fleisch, Wurstwaren und Eier. Knapp die Hälfte der 512 Geräte sind Milchautomaten. Rein rechnerisch gibt es in jedem bayerischen Landkreis 7,2 Automaten.

Digitale Bauanträge ausgeweitet

In Bayern bieten weitere Untere Bauaufsichtsbehörden den digitalen Bauantrag an. Seit Dezember 2022 können nun auch bei der Stadt Schwabach, beim Landratsamt Kulmbach, beim Landratsamt Neumarkt in der Oberpfalz und bei der Stadt Fürstenfeldbruck Bauanträge digital eingereicht

werden, wenn jemand das wünscht. Am 1. März waren die Unteren Bauaufsichtsbehörden der Landratsämter Ebersberg, Hof, Kronach, Neustadt an der Waldnaab und Traunstein damit gestartet. Insgesamt sind an den 16 Behörden schon rund 4.000 digitale Anträge eingegangen.



FOTOS: Adobe Stock, LHP/Jan Brunzlow



LEONET



GLASFASER-AUSBAU UNTER PARTNERN

Ob privatwirtschaftlich oder gefördert: Der Glasfaserausbau bis in die Häuser und mit offenen Netzen ist für Kommunen in ländlich geprägten Regionen **die Lösung**, um gegenüber Ballungsräumen attraktiv zu bleiben. Als Unternehmen aus Bayern bietet **LEONET** das 1A-Paket im Freistaat: von der Finanzierung über die ideale Leitungsverlegung bis zum Betrieb.

LEONET ist Mitglied vom *Pakt Digitale Infrastruktur* der Bayerischen Staatsregierung. Mit **LEONET** haben Sie einen starken Partner beim Ausbau. Aktuell bauen wir jenseits unserer Stammgebiete – Landkreise Cham und Regen – in immer mehr Kommunen Bayerns aus. Und morgen? Bei Ihnen.

GIGABITFÄHIGES INTERNET FÜR IHRE VERWALTUNG. FÜR IHRE BÜRGER: INNEN. FÜR IHRE UNTERNEHMEN.

Unsere Expert:innen von der Kommunalbetreuung freuen sich auf das Gespräch mit Ihnen. **Von Partner zu Partner.**



So erreichen Sie die **LEONET Kommunalbetreuung**:

Adrian Richter, Teamleitung Kommunalbetreuung
Tel.: 0151 188 15 692, kommunalbetreuung@leonet.de



NRW



Rekordpreise bei Immobilien

Der Grundstücksmarkt in Nordrhein-Westfalen verzeichnete erneut einen enormen Preisanstieg. Wie aus dem Grundstücksmarktbericht für das Berichtsjahr 2021 hervorgeht, kauften die Menschen in Nordrhein-Westfalen zwei Prozent weniger Immobilien und Grundstücke als im Vorjahr. Demgegenüber steht ein Rekordumsatz von 56,52 Milliarden Euro –

ein Anstieg von 16 Prozent. Am teuersten ist es in Düsseldorf. In mittleren Wohnlagen werden dort 1.150 Euro pro Quadratmeter bezahlt, 2020 kostete er 1.000 Euro. Dagegen kann in einigen ländlichen Gebieten - zum Beispiel Eifel, Sauer- und Siegerland, Ostwestfalen/Lippe - Bauland für einen Preis von unter 50 Euro pro Quadratmeter erworben werden.

Gelsenkirchen-Umbau gestartet

In den vergangenen 30 Jahren hat Gelsenkirchen rund 12 Prozent seiner Einwohnerchaft verloren. Die Stadt hat einen hohen Anteil an sogenannten Schlichtwohnungsbeständen der Nachkriegszeit. In den nächsten zehn Jahren sollen 3.000 Wohneinheiten zurückgebaut werden. Das „Gelsenkirchen-Projekt“ basiert auf einer Zukunftspartnerschaft für die

Jahre 2022 bis 2032 zwischen dem Bauministerium in NRW und der Stadt. Dazu kommt das Projekt „Prima Klima. Ruhrmetropole“. Ab Anfang 2023 können sich alle Kommunen der Metropole Ruhr mit Ideen bewerben. Es handelt sich um ein interkommunales ruhrgebiets-weites Projekt zur Umsetzung von bis zu 15 experimentellen Energiequartieren.



RHEINLAND-PFALZ

Haushaltsslage bessert sich

Die Finanzen der Kommunen entwickeln sich positiv. Das zeigt der Kommunalbericht des Landesrechnungshofes. „Trotz der erheblichen Corona-Belastungen erwirtschafteten unsere Gemeinden erneut einen Kassenüberschuss“, so Innenminister Michael Ebling. Der kommunale Finanzierungssaldo zeigt das mit Abstand kräftigste Plus der letzten Jahre. Die

Schulden verringerten sich um über eine halbe Milliarde Euro. Das Land übernimmt drei Milliarden Euro der Liquiditätskredite. Über den kommunalen Finanzausgleich erhalten die Kommunen 2023 voraussichtlich 357 Millionen Euro mehr. Dazu kommen über das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation 250 Millionen Euro.

Gedenkort in Trier

Die Amokfahrt durch die Trierer Innenstadt am 1. Dezember 2020, die sechs Leben forderte und bei der viele weitere Menschen verletzt wurden, soll nicht vergessen werden. In enger Abstimmung mit den Hinterbliebenen wird es einen zentralen und mehrere dezentrale Gedenkort geben, teilte die Stadt mit. Der zentrale Gedenkort wird nahe der Porta Nigra an der Christophstraße

entstehen. Dort werden sechs 2,80 Meter hohe Stelen aus Bronze im Halbkreis auf einem Platz errichtet. Sie stehen für die getöteten Opfer der Amokfahrt. Die fünf dezentralen Gedenkort sind in der Fußgängerzone an den Stellen geplant, an denen die Opfer der Amokfahrt starben. Hierbei handelt es sich um von den Angehörigen gestaltete längliche Gedenksteine.



SACHSEN



Technikbotschafter für Senioren

Im Freistaat Sachsen schulen 102 Technikbotschafter ehrenamtlich in neun Regionen Senioren. Geboten werden wohnortnah Workshops zu Smartphones und Tablets, Digital Cafés, Stammtische und Beratungen. Ausgebildet wurden die Ehrenamtlichen im Zuge des Modellvorhabens „Gemeinsam Digital 2“ am Center for Open Digital

Innovation and Participation (CODIP) an der TU Dresden. Das Modell-Projekt wurde vom sächsischen Sozialministerium 2022 mit rund 250.000 EURO gefördert. Die Initiative ging von der Landesseniorenbeauftragten, Christiane Schifferdecker, und der Stabsstelle Seniorenpolitik aus. Die Nachfrage ist ungebrochen groß, heißt es.

Ehrenamtliche Sicherheitswacht

Bürgerinnen und Bürger unterstützen in Sachsen die Polizei. Bei Streifengängen zeigen sie Präsenz und sind Ansprechpartner. Sie geben sicherheitsrelevante Hinweise an die Reviere weiter und schreiten selbst ein. Die Sicherheitswacht gibt es in jedem Polizeirevier in Sachsen. Die Sicherheitswächter absolvieren eine 50-stündige Ausbildung und erhalten eine

monatliche Aufwandsentschädigung. Sie sind mindestens 18 Jahre alt - und höchstens 60 Jahre, wenn sie neu dazu kommen. Voraussetzung unter anderem: keine Eintragungen im Führungszeugnis und eine Schul- oder Berufsausbildung. Sie werden mit Dienstkleidung, einem Reizstoffprüfgerät, einem Funkgerät und einem Dienstaussweis ausgestattet.

FOTOS / Adobe Stock



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Erster Radschnellweg in Lübeck

Für die Planung des ersten Radschnellwegs in Schleswig-Holstein erhält die Hansestadt Lübeck 850.000 Euro. Wie Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen mitteilte, stellt das Bundesverkehrsministerium davon knapp 713.000 Euro für die Planungen des ersten, rund 2,4 km langen Abschnitts entlang der Ratzeburger Allee zwischen Mühlentorkreisel und Stadtweide bereit. „Es ist der erste Radschnellweg, der

vom Bund gefördert und von uns mit knapp 143.000 Euro mitfinanziert wird“, sagte Madsen. Der Baubeginn sei für 2024 geplant, Der erste Streckenabschnitt soll Ende 2026 fertig sein. Der 13,4 Kilometer lange Radschnellweg soll das Lübecker Stadtgebiet von Nord nach Süd durchqueren – beginnend in Bad Schwartau (Kreis Ostholstein) bis Groß Grönau (Kreis Herzogtum Lauenburg).

Bürgerservice ohne Termin

Die Stadtverwaltung Schwerin hat erste Bilanz zum terminoffenen Serviceangebot an Montagen gezogen. Das terminfreie Angebot gilt seit September. „Wir stellen fest, dass Bürgerinnen und Bürger bereit sind, auch längere Wartezeiten in Kauf zu nehmen, um dringende Angelegenheiten im Bürgerbüro schnell

erledigen zu können“, so Dezernent Silvio Horn. „Wer Glück hatte, kam schon nach 5 Minuten dran, aber es konnte in Einzelfällen auch eine Stunde und länger dauern.“ Schwerin wolle das Angebot der terminoffenen Montage beibehalten. Der Regelbetrieb im Bürgerservice der Stadtverwaltung läuft weiterhin mit Terminvergabe.



SPIELPLATZ-ALARM

Bürgermeister sind in Filmen und Romanen oft unsympathisch, machthungrig oder sogar korrupt. Dieses Image wird ihnen schon in Kinderbüchern verpasst. Damit wollen junge Bürgermeister und Bürgermeisterinnen aufräumen – mit einem Kinderbuch. „Spielplatz-Alarm“ spielt in einer Stadt und erzählt, wie ein Sturm den Spielplatz zerstört hat. Er muss schnell wieder aufgebaut werden, wie Ella, Nils und ihre Freunde finden. Aber das ist nicht so einfach. Da kommt der Bürgermeister ins Spiel: Er nimmt die Kinder mit auf dem Weg von den ersten Wünschen über die Planung und die Abstimmung im Gemeinderat. Doch manche Nachbarn wollen keinen neuen Spielplatz. Gesucht wird eine Lösung, mit der alle glücklich sind. Das Buch kann, individuell mit dem Namen des Bürgermeisters und der Stadt, beim Netzwerk Junge Bürgermeister*innen bestellt werden. ✖



Liebe Leserinnen und Leser,

gerade in ländlichen Regionen kommt es immer häufiger zur Sprengung von Geldautomaten. Betroffen davon sind dann nicht nur die Banken. Durch die Detonation sind schon häufiger auch umliegende Wohnungen unbewohnbar geworden. Meine Kollegin ist aktuell unterwegs und spricht mit betroffenen Bürgermeistern. Die Hintergründe und Tipps wird sie in der nächsten Ausgabe schildern. Die Ausgabe wird jedoch erst Ende Februar erscheinen. Denn aktuell halten Sie – wie traditionell rund um Weihnachten – unsere Doppelausgabe in Händen. Ich empfehle Ihnen daher, in den nächsten Wochen verstärkt auch auf unserer Internetseite vorbeizuschauen. Dort finden Sie weiter tagesaktuell alle wichtigen Informationen, die Sie für Ihre Arbeit benötigen. Noch mehr würde ich mich freuen, wenn Sie Teil unserer K+-Familie werden. Dort bekommen Sie nicht nur die Inhalte der Printausgaben immer schon vor Erscheinen des Magazins, sondern auch täglich aktuelle Hintergrundinformationen und exklusive zusätzliche Beiträge. Ich bin mir sicher, das ist was für Sie!

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Start in das Jahr 2023.

Ihr Christian Erhardt



Kommunen für den fairen Handel – seien Sie dabei!

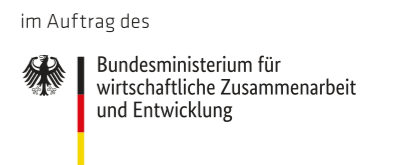
Fairer Handel ist wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit und fördert das Gemeinwesen vor Ort. Landkreise, Städte und Gemeinden können den fairen Handel unterstützen, indem sie fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit oder unter Verletzung sozialer Mindeststandards hergestellt werden. Dieses Engagement zeichnet der Wettbewerb *Hauptstadt des Fairen Handels* im nächsten Jahr erneut aus.

Machen auch Sie sich für den fairen Handel und die faire Beschaffung in Ihrer Kommune stark. Die *Servicestelle*

Kommunen in der Einen Welt (SKEW) unterstützt Sie dabei. Sprechen Sie uns gerne an! info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Unsere Angebote

- Beratungen und Schulungen zum Thema faire Beschaffung
- Kompass Nachhaltigkeit: Die Website bündelt Informationen zur fairen und nachhaltigen Beschaffung
- Finanzielle Förderung
- Wettbewerb *Hauptstadt des Fairen Handels* mit Preisgeldern und Erfahrungsaustauschen





Vogel checkt: Ist digital einfacher?

„Ich finde, bei Post und DHL schon. Von der Mobilten Briefmarke bis zur Paketverfolgung – das geht jetzt alles mit einer einzigen App. Einfach QR-Code scannen und runterladen.“

LÄUFT.

Selber checken auf: [VogelCheckt.de](https://www.vogelcheckt.de)

Deutsche Post 

